



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



Bruni Mayer mit Innenminister Joachim Herrmann (r.) und Dr. Jakob Kreidl bei ihrer feierlichen Verabschiedung beim Landräteseminar des Bayerischen Landkreistags in Bad Birnbach.

Bayerische Landkreise:

Schrittmacher der Energiewende

Landräteseminar in Bad Birnbach
Bruni Mayer verabschiedet

Mit der Energiewende, ihrer Notwendigkeit und den Folgen beschäftigten sich etwa 80 Teilnehmer beim Landräteseminar des Bayerischen Landkreistags in Bad Birnbach (Landkreis Rottal-Inn). Wie Präsident Dr. Jakob Kreidl darlegte, „kommt den Landkreisen bei der großen Zukunftsaufgabe der Energiewende eine entscheidende Koordinierungsaufgabe zu“. Es gelte, bei der notwendigen Änderung blockierender Gesetze den praktischen Sachverstand einzubringen.

Die Landkreise haben Kreidl zufolge bereits vor dem Atom- ausstieg große Anstrengungen im Bereich der Erneuerbaren Energien, bei der Energieeinsparung und der Energieeffizienz un- ternommen und werden nun in ihrer Politik bestärkt. Aus seinem Landkreis Miesbach berichtete er: „Wir haben im Rahmen der Landkreisentwicklung ‚Unser Landkreis Miesbach 2014‘ bereits 2009 den Beschluss gefasst, das Projekt ‚Landkreis mit zukunfts- fähiger Energie‘ prioritär anzuge- hen. Um dies strukturiert und sys- tematisch zu betreiben, wurde vom Landkreis ein ‚Integriertes Klimaschutzkonzept‘ in Auftrag gegeben, das zu 60 Prozent vom

BMU gefördert wird. Letztlich wollen wir in 2035 die Ener- gieautarkie erreichen.“

Akzeptanz

Energieerzeugungsanlagen wie Windräder und Solarparks könnten nur realisiert werden, wenn eine breite Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger vorhan- den ist. Kreidl: „Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger mitneh- men und Kommunen sowie Bür- ger an der Wertschöpfung betei- ligen.“

Was Fragen der Energieeffizi- enz anbelangt, so seien weder die öffentliche Hand noch die Bürger in der Lage, die baulichen

(Fortsetzung auf Seite 4)

Kommunale 2011 in Nürnberg:

Beachtliche Impulse

Weit über 5000 Besucher
bei Kongress und Fachmesse

In ihrem 12. Jahr zeigte die Kommunale 2011, Kon- gress und Fachmesse für Kommunalbedarf im Mes- sezentrum Nürnberg, einmal mehr, dass sie die Kom- munikations- und Informationsplattform für kom- munale Führungskräfte in Deutschland ist. Wie legiti- m dieser Universalanspruch ist, zeigten nicht nur die Zahl der Aussteller (253) und das gute, konstant gebliebene Besucherergebnis (über 5.100), sondern auch eine Reihe Fachveranstaltungen, die parallel zur Kongressmesse selbst stattfanden: die IT-Fachkonfe- renz zur Kommunale, der Feuerwehrinformationstag sowie erstmals der Bayerische Tourismustag.

Wie der Leiter der IT-Fachkon- ferenz Eduard Heilmayr feststell- te, ist sie die neutrale Plattform zur Wissensvermittlung und zum Austausch über aktuelle und künf- tige Einsatzgebiete und Problem- stellungen in der kommunalen IT. Heilmayr zufolge „sehen wir hier die Möglichkeit, aber auch die Notwendigkeit, dieser Zielgruppe, die in einer sich schnell verän- dernden Branche tätig ist, Fach-

wissen zu aktuellen und zukünftigen Themen zu bieten. Was wir dabei erkannt haben ist: Diese Community hat noch keine Hei- mat, um persönliche Netzwerke aufzubauen, sich auszutauschen und Best-Practise-Erfahrungen zu nutzen oder weiterzugeben.“

Erneut parallel zur Kommunale fand der Feuerwehrinformati- onstag statt. Süddeutschlands ein- zige Feuerwehrfachtagung brach-

Bayerischer Musikschultag in Cham:

Präventive Kraft

Landtagspräsidentin Barbara Stamm als Festrednerin
Landrat a. D. Theo Zellner mit Carl-Orff-Medaille ausgezeichnet

Einen allgemeinen Zugang zu einer öffentlichen Mu- sikschule unter dem Motto „Jedem Kind seine Mu- sikschule - erreichbar und bezahlbar“ forderte der Präsident des Verbandes Bayerischer Sing- und Mu- sikschulen, Landrat Martin Bayerstorfer, bei einem Festakt im Rahmen des 34. Bayerischen Musikschul- tags in Cham. Musikschulunterricht, so Bayerstorfer, fördere die Persönlichkeitsentwicklung und diene zu- gleich der Prävention und Integration.

„Musik verbindet“ lautet das Motto der Landkreismusikschu- le Cham zu ihrem 20-jährigen Bestehen in diesem Jahr. Eröff- net wurde der Musikschultag deshalb mit einem Jubiläums-

konzert in der Klosterkirche der Redemptoristen mit musikali- schen Beiträgen der Landkreis- musikschule.

Musik tue dem Menschen und der Gesellschaft gut, beton-



Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl bei der Eröffnung der Kommunale in der Messe Nürnberg.

te Feuerwehr-Führungskräfte, Si- cherheitsverantwortliche, Behör- den und Hilfsorganisationen zu- sammen. Beim diesjährigen The- ma „Die optimierte Zusammen- arbeit im Einsatzfall“ drehte sich alles um die Kooperation der Ka- tastrophenschutzorganisationen, die Schnittstellen zwischen den Beteiligten am Einsatzort, die Abwehr chemischer, biologi- scher oder nuklearer Gefahren so- wie die medizinische und psy- chosoziale Notfallversorgung von Unfallopfern und Helfern.

Gutes Messeergebnis

„Es sind ja nach wie vor her- ausfordernde Zeiten, in denen sich die Gemeinden und Städte befinden“, bemerkte Friedhelm Lenz, Leiter des NürnbergCon-

vention Center (NCC) und freu- te sich daher umso mehr über das gute Messeergebnis. „Da- bei spricht nicht nur die konstant hohe Zahl für sich, sondern auch deren hohe Fachlichkeit: Das ist es, was die Kommunale aus- zeichnet. Hier kommen die Ge- meindeverantwortlichen direkt miteinander ins Gespräch, egal ob sie Bürgermeister, Beschaf- fungsverantwortliche oder IT- Leiter sind.“ Die Premiere der IT-Fachkonferenz sei vielver- sprechend verlaufen und werde im nächsten Jahr fortgesetzt.

Inhaltliche Schwerpunkte setzte der Bayerische Gemein- de- tag als Veranstalter des Kongres- ses und ideeller Träger der Kom- munale vor allem im Bereich Energiepolitik und Bürgerbetei- ligung. Unter dem Titel „Chan- cen durch die Energiewende“ hielten der Präsident des Bayeri- schen Gemeindetags Dr. Uwe Brandl, Dr. Gerd von Laffert vom

(Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabrina



Wie bei Asterix das gallische Dorf, stemmt sich auch in Großbritannien ein Ort gegen die Besetzung. Freilich ist es dort nicht die Beset- zung durch die Römer, son- dern durch riesige Discount- supermarkketten. Das ge- fällt dem Bürgermeister, der selber von einer Renaissance der kleinen Dorfläden in un- serem Ort träumt. Seite 11

Gesunde Strukturen

Hier gelte wieder das Stich- wort „Prävention“: Die Förde- rung der Musikschulen mit öf- fentlichen Mitteln sei eine In- (Fortsetzung auf Seite 4)

Sie lesen in dieser Ausgabe

Trojanereinsatz: Es geht um die Persönlichkeitsrechte	Seite 2
Wahlgesetz geändert	2
Bayern soll Gesundheitsland bleiben	2

GZ-Kolumne Georg Huber: Heimat in Zeiten der Globalisierung	3
Gesetz stärkt kommunale Finanzkraft	3
E.ON Kulturpreis 2011 verliehen	3

GZ-Fachthemen: Kommunalfinanzen	5-7
Wasser - Abwasser	8-9

Aus den bayerischen Kommunen	9-12
------------------------------	------

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



VBSM-Präsident Landrat Martin Bayerstorfer, Chams 2. Bürgermeisterin Christa Strohmaier-Heller, Landrat Franz Löffler, Landrat a. D. Theo Zellner und Landtagspräsidentin Barbara Stamm (von links) mit dem Saxophonensemble der Landkreismusikschule Cham.

Es geht um die Persönlichkeitsrechte

**Einsatz des „Trojaners“ wird durch Datenschutzbeauftragten überprüft
Software kommt nicht mehr zum Einsatz**

Den Missbrauch von Software zur Telekommunikationsüberwachung bis in die persönliche Sphäre der Internet- und Onlinenutzer ab sofort zu verhindern, ist im Landtag in einer hitzigen Debatte manifestiert worden. Es geht um den vom Hamburger Chaos Computer Club (CCC) und in Presseveröffentlichungen bekannt gemachten Vorwurf, die speziell vom Bayerischen Landeskriminalamt in mehreren Fällen verwendete Software, der „Trojaner“, überschreite die vom Bundesverfassungsgericht schon 2008 gezogenen Grenzen des Kernbereichs der privaten Lebensführung. Jetzt werden etwaige Zuwiderhandlungen vom Innenministerium in Zusammenarbeit mit dem vom Landtag eingesetzten Datenschutzbeauftragten Thomas Petri überprüft. Das Ergebnis wird dem Landtag zugeleitet.

Die grundsätzliche Übereinstimmung aller fünf Fraktionen, das Persönlichkeitsrecht im Datenbereich zu gewährleisten, hinderte die Abgeordneten der Opposition aber auch des Koalitionspartners FDP nicht, das Verhalten von Innenminister Joachim Herrmann (CSU) und des Landeskriminalamts in Frage zu stellen. Franz Schindler (SPD) begrüßte zwar die sofortige Bereitschaft des Ministers, die CCC-Enthüllungen zu prüfen und die von den Kriminalern verwendete Software sofort zu sperren. Er kritisierte jedoch die Erklärungen des Landeskriminalamts (LKA), es sei alles in Ordnung, der sich Herrmann angeschlossen habe. Susanna Tausendfreund (Grüne) hielt die Computüberwachung grundsätzlich für rechtlich fragwürdig. Wie viele Überprüfungen geschehen sind, ist unklar.

Innenminister Joachim Herrmann (CSU) ging zunächst von fünf richterlich genehmigten Fällen in Bayern aus. Es handle sich lediglich um Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ) hinsichtlich ver-

schlüsselter Internettelefonie, jedoch nicht um Online-Durchsuchungen. Inzwischen ist von mindestens 25 TKÜ in Bayern die Rede. Andere Länder sowie Zollkriminaler und Verfassungsschutz des Bundes haben das System gleichfalls genutzt. Mittlerweile geht es bundesweit um circa 100 Fälle.

Verfassungsrechtsbedenken

Bernhard Pohl (Freie Wähler) war zwar der Meinung, diese Überwachung sei zur Bekämpfung von Terrorismus und anderer schwerer Kriminalität durchaus nötig, der Staatstrojaner dürfe aber nur nach den verfassungsrechtlichen Richtlinien eingesetzt werden. Andreas Fischer (FDP) erachtete den Einsatz von Trojanern grundsätzlich für äußerst problematisch. Nur der CSU-Sprecher Alexander König stellte sich voll hinter die Er-

klärungen des Innenministers. Herrmann ging unter dem demonstrativen Beifall der CSU in die Offensive. Der Trojaner sei in den ihm bekannten Fällen korrekt, mit richterlicher Genehmigung eingesetzt worden. Das dazu verwendete System werde jedoch bis zur Klärung der Vorgänge durch den Datenschutzbeauftragten nicht mehr eingesetzt. Es sei durch die Veröffentlichung ohnehin nicht mehr verwendbar. Unbewiesene Behauptungen eines Vereins könnten jedoch nicht Anlass sein, dass sich „die ganze Bundesrepublik darüber aufregt“. Dass rechtmäßig gehandelt wurde, hatten ihm die Innenminister anderer Länder bestätigt, in deren Amtsbereich auch Trojaner eingesetzt wurden. Man müsse die Überprüfung abwarten und dann in aller Ruhe diskutieren.

Privatsphäre

Zur formellen Abstimmung hatten die Fraktionen Dringlichkeitsanträge formuliert; die Koalition unter Federführung nicht der CSU, sondern der FDP. Man geht davon aus, dass „im präventiven und repressiven Bereich nur Software eingesetzt wird, die die strikten vom Bundesverfassungsgericht gezogenen Grenzen des Kernbereichs der privaten Lebensführung sicherstellt“. Die

Überprüfung durch den Datenschutzbeauftragten wird begrüßt.

SPD, Freie Wähler und Grüne hatten wesentlich umfangreichere Anträge formuliert, die bei aller Übereinstimmung mit der Koalition doch wesentlich detaillierter in das Thema einstiegen und Zweifel an der bisherigen Rechtsstaatlichkeit des Trojanerverfahrens enthielten. In namentlicher Abstimmung setzte sich die Koalition mit 113 bei nur 20 Gegenstimmen und 31 Stimmenthaltungen durch. Das bedeutete, dass auch Oppositionsabgeordnete die FDP/CSU-Formulierungen grundsätzlich billigten. Die Anträge der Opposition wurden abgelehnt, wobei sich auch zwischen SPD, Grünen und Freien Wählern Meinungsverschiedenheiten bestätigten.

Weitere Nutzung geplant

Ministerpräsident Horst Seehofer ergriff im Plenum nicht das Wort. Nach einer CSU-Fraktionssitzung hatte er erklärt, die Argumentation seines Innenministers sei plausibel. Die Frage, inwieweit die Bundesregierung in der Trojanersache beteiligt sei, spielt eine Rolle. Herrmann hat auf notwendige Rechtsänderungen zum Beispiel der Strafprozessordnung hingewiesen. Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) sprach sich für schärfere, einheitliche Regelungen in Bund und Ländern aus. Dem bayerischen Innenminister gab sie zu verstehen, es gehe nicht alles, selbst wenn legitime Ziele verfolgt werden. Herrmann sieht sich in Übereinstimmung mit Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) der weitere, legale Trojanernutzung befürwortet. **rm**

Verband der bayerischen Bezirke:

Prekäre Finanzsituation

Hauptausschuss in Ochsenfurt

Die sieben bayerischen Bezirke stehen erneut vor einem schwierigen Haushaltsjahr. Wie bei Beratungen des Hauptausschusses des Verbandes der bayerischen Bezirke im unterfränkischen Ochsenfurt deutlich wurde, müssen die Bezirke die Haushalte im Jahr 2012 auf Basis des niedrigen Niveaus der kommunalen Steuereinnahmen des Jahres 2010 aufstellen – auch wenn die Steuereinnahmen der Gemeinden und Städte aktuell wieder etwas zunehmen.

Laut Verbandspräsident Manfred Hölzlein „erwarten wir einen deutlichen Anstieg der Ausgaben für Sozialleistungen in Höhe von mindestens 160 Millionen Euro im Jahr 2012“. Um eine weitere Erhöhung der Umlagesätze zu Lasten der Gemeinden und Landkreise zu vermeiden, benötigten die Bezirke im kommenden Jahr unbedingt zusätzliche 80 Millionen Euro vom Freistaat.

Kosten der Grundsicherung im Alter

Die Ausgabensteigerung beruht insbesondere auf der Entwicklung der Fallzahlen in der Eingliederungshilfe und in der Hilfe zur Pflege. Der Einstieg des Bundes in die Finanzierung der Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung entlastet dabei die Bezirke im kommenden Jahr um rund 47 Millionen Euro.

Ebenso auf der Tagesordnung der Hauptausschuss-Sitzung stan-

den die Planungen der Bundesregierung zur Neuordnung der Sicherungsverwahrung im psychiatrischen Maßregelvollzug (Forensik). Die Justizministerkonferenz der Länder hatte sich kürzlich einstimmig dafür ausgesprochen, die Sicherungsverwahrung und die Therapieunterbringung in Zukunft zusammen zu vollziehen.

Wie Hölzlein den Ausschussmitgliedern mitteilte, könne danach bei bereits angeordneten Unterbringungen nach dem Therapieunterbringungsgesetz eine solche Unterbringung in den dafür künftig vorhandenen Einrichtungen erfolgen. Diese Forderung unterstützen die Bezirke nach den Worten ihres Präsidenten nachdrücklich. Deshalb werden sie für den Fall der Realisierung dieses Vorschlags durch den Bundesgesetzgeber auch auf eine entsprechende Initiative der Bayerischen Staatsregierung dringen.

Hölzlein wies zudem darauf hin, dass in Regensburg 2012 mit dem Bau einer Jugendforensik begonnen wird, weil die Plät-

ze in den dafür vorgesehenen Tageskliniken kaum noch ausreichen. In diesem Zusammenhang stellte der Verbandspräsident klar, dass es nicht zur Aufgabe der bayerischen Bezirke werden darf, für die Therapie und Verwahrung von Straftätern aufzukommen, die nicht psychisch krank sind. **DK**

Bayern soll Gesundheitsland bleiben

**Söder kündigt Programme für Patienten und Ärzte an
Neuer Länderfinanzausgleich soll Lasten gerechter verteilen**

Das „Gesundheitsland Bayern“ den erkennbaren Entwicklungen und Herausforderungen, insbesondere im ländlichen Raum anzupassen, bleibt Ziel der Politik. In einer Regierungserklärung im Landtag hat Gesundheitsminister Markus Söder dazu ein Bündel von Maßnahmen angekündigt. Sie sollen Patienten und Ärzten, aber auch dem Netz der Krankenhäuser helfen, die Spitzenposition des Landes bundes- und weltweit zu halten, wobei die Kommunen eine besondere Rolle spielen. Dazu materiell beitragen soll ein neuer, regionaler Gesundheits-Länderfinanzausgleich. Gemeinsam mit Baden-Württemberg wird dazu ein Gutachten ausgearbeitet.

Hier müsse eine ungerechte Entwicklung korrigiert werden. Es gehe nicht an, dass Bayern über den Länderfinanzausgleich mit rund vier Milliarden Euro im Jahr und bayerische Patienten mit 1,7 Mrd. Euro einen solidarisches Beitrag zur Versorgung anderer Bundesländer leisten, „damit Arzthonorare in anderen Ländern deutlich steigen, während bei uns Ärzte im ländlichen Raum fehlen“. Zur Zeit sei die Versorgung noch gut, doch in absehbarer Zeit seien etwa 4000 Landpraxen neu zu besetzen. Um dem drohenden Ärztemangel zu begegnen, werde der Freistaat die Gründung von Gemeinschaftspraxen oder Fahrdiensten für ältere Patienten fördern. Das soll eine neue Gesundheitsagen-

tur tun. Als Ansprechpartner für Kommunen will Söder ein Kommunalbüro für ärztliche Versorgung einrichten.

Stärkere Lobby für Pflegekräfte

Die Diskussion über das neue Gesundheitsprogramm bestritten im Plenum fast ausschließlich Ärzte. Thomas Zimmermann (CSU) empfahl, die Gesundheitswirtschaft mit rund 160 000 Arbeitsplätzen in Bayern in die Weiterentwicklung des ganzen Komplexes einzubeziehen. Die Eingliederung der Gesundheits- in die Landratsämter habe eher geschadet als genutzt. Pflegekräfte brauchten eine stärkere Lobby. Otto Bertermann (FDP) sah die

Wahlgesetz geändert

Bei der Wahl 2013 verlieren Oberfranken und Oberpfalz zwei Mandate an Oberbayern

Erwartungsgemäß hat der Landtag die Korrektur der Landtagsstimmkreise zur Wahl im Herbst 2013 verabschiedet. Die Änderung des Landeswahlgesetzes war notwendig geworden wegen der demographischen Entwicklung seit der letzten Anpassung 2006. Die Wahlkreise Oberpfalz und Oberfranken müssen je ein Stimmkreismandat an Oberbayern abgeben. Dazu mussten mehrere neu abgegrenzt werden, was zu Kontroversen in allen Fraktionen führte. Das Gesetz tritt am 29. Oktober in Kraft. Ab diesem Datum beginnt die Frist für die Aufstellung von Kandidaten durch Parteien und Wählergruppen.

Die beiden nördlichen Wahlkreise (Bezirke) entsenden künftig nur noch 16 statt 17 Stimmkreisabgeordnete ins Maximilianeum, Oberbayern hat dann 60 statt 58 Mandate. Aus den zwei bisherigen Stimmkreisen Ingolstadt/Neuburg a.d. Donau und Pfaffenhofen a.d. Ilm/Schrobenhausen werden drei neue gebildet. In Oberfranken werden die Stimmkreise Kulmbach und Wunsiedel im Fichtelgebirge zusammengelegt. Um diesen wegen seiner geographischen Beschaffenheit „Hundeknochen“ genannten Stimmkreis war erbitet gerungen worden. In der Oberpfalz werden aus drei Regensburger Stimmkreisen zwei. Dabei wird der Landkreis Schwandorf nicht mehr aufgeteilt, sondern bildet wie Amberg-Weizsach einen der Grenzen folgenden eigenen Stimmkreis.

Unstimmigkeiten

Um die Abgrenzung anderer Stimmkreise gab es sogar in der CSU Unstimmigkeiten. Der schwäbische Abgeordnete Georg Winter hatte als Vorsitzender im Haushaltsausschuss eine Veränderung im Zuschnitt seines Stimmkreises Augsburg-Land/Dillingen beschließen lassen, was im federführenden Verfassungsausschuss Empörung auslöste. Der Regierungsentwurf wurde wiederhergestellt. Die fraktionsinternen Differenzen legten die Vorsitzenden Georg Schmid (CSU) und Thomas Hacker (FDP) persönlich bei.

Im Plenum mahnte Berichterstatter Winfried Bausback (CSU), es stünde dem Landtag gut an, nach sachlicher Diskussion einhellig zu handeln. Franz

Schindler (SPD) gab der CSU-Politik die Schuld, in den Jahren ihrer Regierung nicht überall gleichwertige Lebensbedingungen geschaffen zu haben. Rechtlich und praktisch sei die jetzige Änderung zwingend. Peter Meyer (FW) war gleicher Meinung und sprach von einer verfehlten Strukturpolitik aller bisherigen Staatsregierungen. Die Bevölkerung von Nordostbayern werde offensichtlich nicht ernst genommen und bekomme mit dem Hundeknochen einen unsinnigen Stimmkreis. Susanna Tausendfreund (Grüne) bedauerte, dass kein Änderungsvorschlag der Opposition aufgegriffen worden sei. Man hätte mit der Neuordnung bis zur Wahl 2018 warten sollen, um bessere Entscheidungen zu treffen. Andreas Fischer (FDP) entgegnete, das Wahlrecht könne man nicht für die Ewigkeit, sondern nur für die nächste Wahl machen.

Bevölkerungsproportionalität

Innenminister Joachim Herrmann (CSU) räumte ein, die Verluste in Nordbayern seien schmerzhaft und führten zu Unmut. Das Verhältniswahlrecht erfordere jedoch strikte Bevölkerungsproportionalität.

In der namentlichen Schlussabstimmung wurden alle Änderungsanträge der Opposition von der Koalition abgelehnt. Die Regierungsvorlage wurde von CSU und FDP angenommen. Aus der CSU stimmten regional bedingt die Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Martin Schöffel (beide Oberfranken) und Sylvia Stierstorfer (Regensburg) dagegen (s. GZ19/13.10.2011). **rm**

Weichen richtig gestellt „für eine nachhaltige liberale, christlich-soziale Gesundheitspolitik“.

Misstände

Die Opposition fand das nicht so. Neue Kommissionen und Beauftragte seien kein Ersatz für praktische Politik von den Studienplätzen bis zur Palliativmedizin. Karl Vetter (FW) bestätigte zwar, Bayerns Gesundheitswesen sei gut, aber bei Misständen würden die Augen verschlossen. Im Krankenhausbereich seien immer mehr Großkonzerne am Werk. Die Aufteilung in gesetzliche und private Krankenversicherung müsse aufhören. Es herrsche ein Zwei-Klassen-System. Der „mündige Bürger“ habe keine Chance, das System zu verstehen. Patienten brauchten ein Mitentscheidungsrecht. Theresa Schopper (Grüne) kritisierte gleichfalls die Vielzahl von Beauftragten, ohne dass die Situation besser werde, weder für Patienten noch für Landärzte. Söder versicherte in seinem Schlusswort, er nehme jede berechtigte Kritik an. **rm**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Franz Steiglechner
84565 Oberneukirchen
am 8.11.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Hermann Anselstetter
95339 Wirnsberg
am 3.11.

Bürgermeister
Alfons Kipfelsberger
85419 Mauern
am 9.11.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Elmar Buchbauer
84387 Julbach
am 11.11.

Bürgermeister Andreas Held
84174 Eching
am 13.11.

Bürgermeister Hans Klement
89335 Ichenhausen
am 13.11.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Friedel Heckenlauer
97488 Stadtlauringen
am 7.11.

Bürgermeister Franz Schindele
86554 Pöttmes
am 12.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Udo Weingart
91174 Spalt
am 13.11.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alfred Maderer
91799 Langenaltheim
am 13.11.

Hinweis in eigener Sache
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

KPV-Bundesvorsitzender Peter Götz:

Gesetz stärkt kommunale Finanzkraft

Peter Götz MdB, kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung, hat sich sehr erfreut über das von der Bundesregierung geplante Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen geäußert.

Das Gesetz, das im Bundestag in Erster Lesung beraten wurde, ist nach Götz' Worten „der Einstieg in die größte Entlastung der Kommunen seit Bestehen der Bundesrepublik, und zwar ohne dass neue kostenträchtige Aufgaben und sonstige Ausgabenpflichten übertragen werden“. Es stehe im Kontext zum bereits beschlossenen Bildungspaket. Zusammen gesehen entlaste der Bund die Kommunen bis zum Jahr 2020 in einer Größenordnung von mehr als 50 Mrd. Euro. Dies reihe sich nahtlos in die kommunalfreundliche Politik der CDU/CSU-geführten Bundesregierung ein.

Handlungsfähigkeit

Seit 2009 leiste diese in unterschiedlichsten Bereichen immer wieder wichtige Beiträge zugunsten kommunaler Kassen. Auf diese Weise werde die Handlungsfähigkeit der Städte, Gemeinden und Kreise systematisch gestärkt, so Götz. Für die Kommunen habe die Bundesregierung u. a. durchgesetzt, dass sie die wichtigen Investitionen des Konjunkturprogramms II einfacher umsetzen können, sie vom Wachstums- und Arbeitsmarkimpuls seit 2010 profitieren, dass mit der Hartz-IV-Organisationsreform das Prinzip der Hilfe aus einer Hand in eine verfassungsfeste Form überführt wurde und sich noch mehr Kreise und Städte auf eigenen Wunsch hin selbstständig um Langzeitarbeitslose kümmern können.

Hinzu komme, dass der Ausbau der Kinderbetreuung und die frühkindliche Sprachförderung mit zusätzlichen Bundesmitteln massiv unterstützt wird, das Bildungspaket bei voller Kostenerstattung durch den Bund in kommunale Zuständigkeit überführt wurde, den Kommunen zusätzlich drei Jahre lang 400 Mio. Eu-

ro für Schulsozialarbeiter und Hort-Mittagessen zustehen und schließlich sich der Bund an den Hartz-IV-Unterkunftskosten mit einer festen Quote an den tatsächlichen Kosten beteiligt.

Kommunale Selbstverwaltung

„Von der Übernahme der Grundsicherung im Alter profitieren verstärkt Kommunen mit strukturellen Problemen und hoher Arbeitslosigkeit. Sie leiden besonders unter Finanzproblemen, weil sie in der Regel wenige Einnahmen, dafür aber besonders hohe Sozialausgaben haben“, hob der KPV-Vorsitzende hervor. Der Anteil der Menschen mit einer schwachen Erwerbsbiografie sei in den Kommunen mit hoher Arbeitslosigkeit besonders hoch. Durch die Übernahme der Grundsicherung werde die kommunale Selbstverwaltung wieder möglich.

„Wichtig ist uns, dass am Ende des Tages die Bundesmittel tatsächlich vor Ort ankommen und nicht an den klebrigen Fingern der Länderfinanzminister hängen bleiben oder über den kommunalen Finanzausgleich der Länder wieder abgeschöpft werden“, sagte Götz und fuhr fort: „Ich rate deshalb den kommunalen Spitzenverbänden in den nächsten Jahren besonders genau ihren Landesregierungen auf die Finger zu schauen.“

Mit Blick auf die kommunalen Investitionen sprach Götz von einer „eindeutigen Bilanz“: Ein Teil des unter Rot-Grün in den Jahren 1998 bis 2005 aufgetragenen kommunalen Investitionsstaus sei unter Führung von CDU und CSU aufgelöst worden. In den Jahren der Finanzkrise 2009 und 2010 stammte jeder sechste in den Kommunen investierte Euro aus den Mitteln der Konjunkturpakete des Bundes.

Allein 2010 bedeutete dies eine Steigerung der kommunalen Bauausgaben um 10,5 Prozent auf 18,6 Mrd. Euro.

Föderalismusreform

Insgesamt wurde Götz zufolge mit der Föderalismusreform die in den vergangenen Jahrzehnten aufgebaute Verflechtung von Bund und Ländern gestoppt. Die Aufgabenzuweisung vom Bund an die Kommunen wurde ausgeschlossen und so wurden die Kommunen nachhaltig geschützt. Das Staatswesen insgesamt wurde handlungsfähiger gemacht.

In einer zweiten Reform habe die unionsgeführte Bundesregierung die langfristige Stabilität der Staatsfinanzen gesichert. Es gelang, eine effektive Schuldenbegrenzung der öffentlichen Haushalte zu formulieren und diese im Grundgesetz einzuverleiben. „Heute gilt die deutsche Schuldenbremse europaweit als Vorbild für nachhaltige Stabilität und Generationengerechtigkeit. Sie wird zunehmend von anderen europäischen Ländern übernommen“, so der KPV-Vorsitzende.

Demographie

Trotz aller Erfolge stünden die Kommunen in Deutschland trotzdem noch vor vielen gewaltigen Aufgaben. Diese reichten vom Ausbau frühkindlicher Betreuung und Bildung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern bis zur Bewältigung der demografischen Herausforderung. Die städtebauliche Entwicklung und die Infrastruktur gelte es ebenso an die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen anzupassen wie die örtlichen Strukturen zur Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dazu gehöre auch die anstehende Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes. „Nur mit starken Kommunen, die sich im Wettbewerb langfristig behaupten, kann in Deutschland Wohlstand gesichert werden“, erklärte Götz abschließend. **DK**

schaftliche Einrichtungen und das kulturelle Angebot. Der Kreis der Preisträgerinnen und Preisträger zeigt eindrucksvoll, dass wir hier in Bayern über ein hervorragendes Potential verfügen – und zwar in den verschiedensten Disziplinen und Regionen.“

Herausragendes Schaffen

In der Sparte Kunst werden jedes Jahr Persönlichkeiten für ihr herausragendes künstlerisches oder kulturelles Schaffen mit dem Kulturpreis Bayern ausgezeichnet. Der Preis ist in der Sparte Kunst mit jeweils 10.000 Euro dotiert. Die Entscheidung über die Vergabe der Preise trifft eine unabhängige Jury. Die Preisträger des Jahres 2011 sind: ▶Der Theaterpädagoge und Regisseur Gerhard Bruckner hat 1995 das Theater EigenArt gegründet und bereichert mit anspruchsvollen Darbietungen das kulturelle Angebot auch über Niederbayern hinaus. Seit 1999 engagiert sich Bruckner zusätzlich in der Behindertenpädagogik.

GZ

Kolumne
Georg Huber

Liebe Leserinnen und Leser!

„Die Geschichte ist der beste Lehrer mit den unaufmerksamsten Schülern.“ Es scheint fast so, als ob dieses Zitat der ehemaligen indischen Premierministerin Indira Gandhi in Zeiten von Finanzmarktkrise und angespannter Kommunalfinanzien von besonderer Bedeutung ist.

Es ist bekannt, dass der Rotstift in Bund, Ländern und Kommunen schnell bei den Ausgaben für Kunst und Kultur angesetzt wird – der Erhalt unseres reichen geschichtlichen Erbes wird allzu oft nur als kostspielige Kür angesehen. Dabei ist es die Pflicht der heutigen Generation, unsere Tradition lebendig zu halten



les das ist ein wichtiger Bestandteil von Bildung.

Neben Informationen stand bei den Geschichtstagen aber auch das „Miteinander ins Gespräch kommen“ im Mittelpunkt. Dabei haben Verantwortliche, Besucher und Mitwirkende sehr eindrucksvoll gemeinsam erfahren: Unsere Region ist reich an Geschichte. Jeder Einzelne kann seinen ganz individuellen, wichtigen Beitrag zur Geschichtsarbeit im Landkreis leisten.

Egal ob es alte Schulfotographien oder die Erinnerungen an den eigenen Schulweg waren – alles das hat sich in den Geschichtstagen zusammengefügt und bildet jetzt die Basis für die weitere Geschichtsarbeit. Ich bin mir sicher, dass dieser Weg des gemeinschaftlichen Wirkens die beste Möglichkeit ist, auch bei knappen finanziellen Ressourcen unsere Geschichte, unsere Kunst und Kultur zu erhalten und fortzuschreiben. So wie bei den Geschichtstagen haupt- und ehrenamtliche Geschichtsforscher zusammen mit Vertretern verschiedenster Bildungseinrichtungen an einem Strang gezogen haben, so kann Kunst- und Kulturarbeit auch stadt-, gemeinde und landkreisübergreifend funktionieren. Hervorragende Beispiele aus der Praxis gibt es viele, so wie in unserer Region den „Musiksommer zwischen Inn und Salzach“, eine gemeinsame Konzertreihe der fünf Landkreise Rosenheim, Traunstein, Mühldorf a. Inn, Altötting und Berchtesgadener Land.

Geschichte greifbar, Kultur erlebbar machen: Wenn Kommunen, Institutionen und engagierte Bürger an einem Strang ziehen, können wir unserem gesellschaftlichen Auftrag nachkommen und die Geschichte als Basis für das Verständnis der Gegenwart und die Gestaltung der Zukunft bewahren. In unserer Gesellschaft gibt es ein großes Bedürfnis nach Heimat; gerade in Zeiten der Globalisierung suchen die Bürgerinnen und Bürger nach Wurzeln und Halt. Ich bin der sicheren Überzeugung: Diesen Halt kann uns unsere reiche Geschichte, unsere urtümliche Tradition und unsere Kunst- und Kulturarbeit geben.

Ihr Georg Huber

Heimat in Zeiten der Globalisierung

und das reiche bayerische Kulturgut für unsere Nachkommen zu bewahren. Nur wer sich seiner Vergangenheit bewusst ist, kann die Gegenwart verstehen und die Zukunft gestalten.

Dieses Credo ist der Hintergrund der Geschichtstage, die in diesem Herbst bereits zum fünften Mal im Landkreis Mühldorf a. Inn stattgefunden haben. Unter dem Motto „Schule und Bildung: Von der Schiefertafel zum Laptop“ stand heuer die Entwicklung der Bildungslandschaft im Landkreis im Fokus. Wie sind wir zu unserem aktuellen Bildungssystem gekommen? Welche Rolle spielt Bildung – neben der reinen Berufsqualifikation? Diese spannenden Fragen wurden in Ausstellungen, Gesprächsrunden und Vorführungen thematisiert.

Gerade der Themenkomplex „Bildung“ ist heute in aller Munde. Dabei haben die Geschichtstage nicht nur gezeigt, wie Bildung vor 50 Jahren ausgesehen hat. Sie haben auch ans Licht gebracht, dass Lernen eine Generationen übergreifende Aufgabe ist. Lernen und Bildung geschieht nicht nur in der Schule, sondern vor allen Dingen im familiären und im gesellschaftlichen Umfeld. Die Erinnerungen der Großeltern, der Museumsbesuch, ein gutes Buch – al-

▶Die in Eichstätt lebende Pauline Füg zählt bereits heute zu den renommiertesten Künstlerinnen der deutschen Poetry-Szene. Ihrer jungen literarischen Karriere entsprangen bereits zahlreiche bedeutende Poetry-Werke. ▶Der Schlagzeuger und Komponist Wolfgang Haffner zählt unter den Schlagzeugern seiner Generation zur internationalen Spitze. Die Liste seiner musikalischen Partner ist ein „Who is Who“ des aktuellen Jazz – von Namen wie Albert Mangelsdorff oder Klaus Doldinger's Passport bis zu Till Brönner und Nils Landgren. ▶Der Kunstverein Weiden hat sich 1993 mit der Absicht zusammengeschlossen, die Vielfalt der Gegenwartskunst in der Oberpfalz einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. „Vater“ des Kunstvereins Weiden ist Wolfgang Herzer. Der Kunstverein Weiden sorgt für die heimische Nachwuchspflege und die Auseinandersetzung mit der Oberpfälzer Kunst- und Ideenwelt.

▶Die Hofer Symphoniker spielen jährlich zahlreiche Konzerte in der Hofer Region, waren aber auch Gast in den großen Konzertsälen Deutschlands und begleiteten Künstler von Weltruf. Die Hofer Symphoniker engagieren sich über die Orchesterstätigkeit hinaus in der Jugendbildung und sind heute ein oberfränkisches Kultur- und Bildungsunternehmen erster Güte. ▶Die Mezzosopranistin Waltraud Meier startete 1983 eine Weltkarriere als Wagner-Interpretin bei den Bayreuther Festspielen. Zahlreiche Auftritte folgten an der Covent Garden Opera in London, der Metropolitan Opera in New York, der Mailänder Scala, der Opéra National de Paris, der Wiener Staatsoper und der Bayerischen

Staatsoper. Als Sängerin und Künstlerin sucht Waltraud Meier immer wieder die Herausforderung, wagt Neues und widmet sich dem Gesang auch in seiner reinsten Form in Liederabenden und Konzertauftritten.

▶Volker Klüpfel und Michael Kobr schufen mit ihrem „Kommissar Klüffinger“ einen Kriminalhelden, der inzwischen Kultstatus genießt. Insgesamt sechs Kriminalromane mit dem Kommissar aus dem Allgäu sind bislang erschienen. Die Klüffinger-Ro-

mane erreichten eine Gesamtauflage von 2,5 Millionen und sind aus den deutschen Bestsellerlisten nicht mehr wegzudenken.

Preis für Absolventen

Den Kulturpreis Bayern erhalten auch die besten Absolventen der bayerischen Kunsthochschulen, der Hochschulen für angewandte Wissenschaften und die besten Doktoranden bayerischer Universitäten (dotiert mit jeweils 3.000 Euro). □

Kulturpreis Bayern 2011 in Straubing verliehen

E.ON Bayern zeichnet Künstler und junge Wissenschaftler aus

In enger Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst verleiht die E.ON Bayern AG jährlich den Kulturpreis Bayern. Neben Persönlichkeiten aus dem kulturellen Leben in den Regionen Bayerns werden die besten Absolventen aus der bayerischen Hochschul- und Universitätslandschaft mit dem Kulturpreis Bayern ausgezeichnet. Die Preisverleihung fand jüngst in der Joseph-von-Fraunhofer-Halle in Straubing statt.

„Wissenschaft und Kunst liegen nah beieinander. Ohne Erfolge in Wissenschaft und Forschung fehlt uns die Zukunftsperspektive, ohne die Pflege kultureller Wurzeln fehlt uns die Orientierung auf unserem Weg in die Zukunft“, begründete der Vorstandsvorsitzende der E.ON Bayern AG, Thomas Barth, das Engagement seines Unternehmens. Deshalb stelle das Unternehmen mit dem Kulturpreis Bayern herausragende Leistungen junger Akademiker und das kulturelle Schaffen in Bayern in den Mittelpunkt. „In Bayern werden Wissenschaft und Kunst gleichermaßen gepflegt, um überall vorne zu sein. Dazu wollen auch wir unseren Beitrag leisten“, so Barth.

Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch betonte: „Der Freistaat ist sich seiner besonde-

ren Verantwortung für Kunst und Wissenschaft bewusst. Zugleich brauchen wir aber auch die Unterstützung von privaten Förderern und Fürsprechern. Deshalb bedanke ich mich ganz herzlich bei der E.ON Bayern AG für die gesellschaftliche Wertschätzung von Kunst und Wissenschaft, wie sie mit dem Kulturpreis Bayern zum Ausdruck gebracht wird.“ Gerade in Zeiten des demografischen Wandels sei es unabdingbar, die Wissenschaften und den kulturellen Reichtum Bayerns in allen Landesteilen zu pflegen und zu fördern. Nicht zuletzt handele es sich um einen wichtigen Standortfaktor. Heubisch: „Wer hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen möchte, muss ihnen ein attraktives Umfeld bieten. Hierzu zählen selbstverständlich auch wissen-

Leben in der Mitte der Gesellschaft ermöglichen

Die Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung Irmgard Badura hat jüngst dem Kabinett turnusgemäß über die Situation von Menschen mit Behinderung in Bayern berichtet.

Ministerpräsident Seehofer, Wirtschaftsminister Zeil, Sozialministerin Haderthauer und Kultusminister Spaenle dankten der Behindertenbeauftragten unter anderem für ihre wertvollen Impulse zu dem im Mai vom Kabinett verabschiedeten Entwurf eines Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK). Anliegen der UN-BRK ist, Inklusion und Teilhabe behinderter Menschen in allen Lebensbereichen zu verwirklichen.

Gute gesetzliche Grundlage

Die Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung Badura: „Wir haben bereits einige gute gesetzliche Grundlagen und sind auf einem guten Weg. In der Praxis jedoch machen unterschiedliche Zuständigkeiten und aufwändige Verfahren uns Menschen mit Behinderung das Leben oft genug schwer. Damit ein selbstverständliches Miteinanderleben von Menschen mit und ohne Behinderung Realität wird, bleiben wir alle gefordert.“

Eines der zentralen Ziele bayerischer Behindertenpolitik ist, die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung am allgemeinen Arbeitsmarkt noch stärker voranzubringen. Haderthauer: „Mit Initiativen wie „Übergang Förderschule – Beruf“ und der jährlichen Verleihung des Preises „Job-Erfolg“ fördern wir die Teilhabe von Menschen mit Behinderung bereits an der Schnittstelle von der Ausbildung in das Berufsleben und sensibilisieren und motivieren Arbeitgeber für die Beschäftigung behinderter Menschen.“ □

Motor der...

(Fortsetzung von Seite 1)

Maßnahmen finanziell zu stemmen, machte der Landrätechef deutlich. Deshalb fordere der Landkreistag Förderprogramme auf Bundes- und Landesebene zur Förderung der Sanierung öffentlicher Gebäude und zur finanziellen Unterstützung privater Hauseigentümer. Auf Bundesebene könne man sich eine Art „Konjunkturprogramm“ mit einer Milliarde Euro zur Anschubfinanzierung vorstellen. Im nächsten bayerischen Doppelhaushalt erwarte man 300 Millionen Euro. Wie Kreidl berichtete, „haben wir Signale bekommen, dass uns Land und Bund unterstützen“.

Eine klare Absage erteilten die Landräte allerdings der Absicht der Bayerischen Staatsregierung, eine einzige sogenannte Energieagentur, besetzt mit Ministerialbeamten, einzurichten. Kreidl: „Das wäre nicht zielführend. Wir fordern regionale Agenturen mit Energieberatern in den Landkreisen, wo die Energiewende tatsächlich stattfindet. Der Fach- und Sachverstand vor Ort muss eingebunden werden.“

Im Rahmen der Tagung war die Müllentsorgung ein weiteres zentrales Thema. Die kommunalen Interessenvertreter in Stadt und Land kritisieren derzeit Pläne der Bundesregierung, das Kreislaufwirtschaftsgesetz aufzuweichen. Danach sollen künftig auch private Unternehmen ohne Auftrag durch die Kommunen in Eigenregie wertvolle Abfälle einsammeln können. Jakob Kreidl sieht darin eine Maßnahme, die sowohl Bürger wie auch die Kommunen teuer zu stehen kommen würde. Denn es sei absehbar, dass sich private Anbieter nur um lukrative Reststoffe kümmern, wie zur Zeit das ertragreiche Altpapier oder künftig spezielle Rohstoffabfälle. Was übrig bleibt für Restmüll und Biotonne dürfe dann die Bevölkerung selbst finanzieren.

Zwar habe der Bundesrat mit seinen Erfahrungen aus den Ländern eindeutig gegen das Vorhaben der Berliner Regierung gestimmt, doch dort wolle man sich wohl aus koalitionspolitischen Überlegungen den Sachargumenten entziehen, meinte Kreidl und betonte unmissverständlich: „Den Kommunen würden dadurch Einnahmen entgehen, mit denen sie derzeit die Müllgebühren stabilisieren und den Bürgern beim Sparen helfen können.“

Käme die sogenannte „Liberalisierung“, fehlten die Erlöse für wertvolle Rohstoffe. Es drohe ein heillooses Durcheinander bei der organisatorischen Lösung der gesamten Müllentsorgung. Hinzu komme, dass gerade das in Bayern hervorragend funktionierende System der Recyclinghöfe in seinen Aufgaben und Dienstleistungen nachhaltig zerstört würde. Kreidl forderte den Bundestag auf, dem Bundesrat zu folgen und die Pläne des Umweltministeriums zur Reform des Abfallrechts zu korrigieren.

„Energiewende: Warum, wie und wer?“ Auf diese Fragen ging anschließend Professor Wolfgang Seiler, u. a. ehemaliger Direktor des Fraunhofer-Instituts für atmosphärische Umweltforschung, ein. Was können regionale Energieversorger, aber auch größere wie E.ON Bayern, zur Energiewende beitragen? Darauf antworteten der Geschäftsführer der Allgäuer Überlandwerk GmbH Michael Lucke und der Vorstandsvorsitzende der E.ON Bayern AG Thomas Barth. Das „Bayerische Energiekonzept“ erläuterte Dr. Markus Söder, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit, ehe die Landräte Georg Huber, Mühlendorf a. Inn, Hermann Steinmaßl, Traunstein, und Herbert Mirbeth, Regensburg, praktische Beispiele zur Umsetzung der Energiewende in ihren Landkreisen vorstellten.

Staatskanzleichef Huber bezeichnete die Landräte als „wichtige Partner der Staatsregierung bei der Umsetzung der Zukunftsstrategie Aufbruch Bayern“. Noch in diesem Jahr werde die Staatsregierung einen Aktionsplan zur Bewältigung des demografischen Wandels verabschieden, der von einem Kabinettsausschuss erarbeitet wurde, und in den auch Ideen und Vorschläge aus den Regionen einfließen. Huber: „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern – das war und ist Ziel der Bayerischen Staatsregierung. Wir verfolgen eine Doppelstrategie: die Verbesserung der wirtschaftlichen und technologischen Standortbedingungen für Arbeitsplätze in den Regionen und die Sicherung der Lebens- und Wohnbedingungen für die Menschen. Die Kommunen vor Ort sind dabei wichtige Partner. Schnelle und unbürokratische Genehmigungen sind der Schlüssel für Investitionen und Innovationen.“

Innenstaatssekretär Gerhard Eck unterstrich, dass bei der lokalen Steuerung erneuerbarer Energien den Gemeinden eine wesentliche Rolle zukomme. Deswegen würden derzeit Handreichungen vorbereitet, die die Umsetzung der Energiewende vor Ort erleichtern und beschleunigen sollen. Eck: „In enger Abstimmung mit dem Landkreistag und den anderen kommunalen Spitzenverbänden wird das Innenministerium aktuelle Hinweise zur bauplanungsrechtlichen Zulässigkeit von Vorhaben zur Nutzung erneuerbarer Energien veröffentlichen. Bis November 2011 soll zudem eine gemeinsame Bekanntmachung der betroffenen Ministerien zur Windenergie erfolgen, die Hinweise zur bauplanungsrechtlichen Beurteilung speziell von Windenergieanlagen enthält.“

Zusammenarbeit forcieren

Eck bat die Landräte, die kreisangehörigen Gemeinden hier zu unterstützen und auf die Wichtigkeit einer bauplanungsrechtlichen Steuerung der energetischen Entwicklung hinzuweisen. Auch in Sachen interkommunale Zusammenarbeit könnten die Landratsämter beratend wirken: „Nicht jede Gemeinde braucht ihr eigenes Windrad oder ihr eigenes Solarfeld“, so der Innenstaatssekretär.

Der Politiker betonte auch die Notwendigkeit staatlicher Fördermittel bei der Bewältigung der Herausforderungen der Energiewende. Hier habe auch das Konjunkturpaket II geholfen: „Mehr als 1.000 bayerische Kommunen und private Träger haben aus dem Teilprogramm „Energetische Modernisierung der sozialen Infrastruktur in Bayern“ Zuschüsse für die energetische Sanierung von über 1.500 Schulen, Turnhallen, Kindergärten und Rathäusern erhalten. Bis Ende dieses Jahres steigen die ausgereichten Mittel auf rund 800 Millionen Euro.“

Auch mit dem Bund-Länder-Programm „Investitionspaket 2008 und 2009“ könnten Maßnahmen der energetischen Sanierung umgesetzt werden. Mit 107 Millionen Euro an Bundes- und Landesmitteln sei es möglich, ca. 150 weitere Gebäude der sozialen Infrastruktur energetisch auf das Niveau eines Neubaus zu heben. Eck: „Die hierdurch bewirkten Einsparungen kommen der Umwelt und den kommunalen Haushalten gleichermaßen zugute. Zusätzlich geben sie Impulse für das heimische Handwerk und die mittelständische Wirtschaft. Daher setze ich mich dafür ein, dass der Investitionspakt weiter fortgeführt wird.“ Auch die Mittel für die CO₂-Gebäudesanierungsprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) müssten deutlich erhöht werden. **DK**

Verabschiedung von Bruni Mayer

Um Landrätin Bruni Mayer gebührend zu verabschieden, hatte der Bayerische Landkreistag seine diesjährige Tagung in den Landkreis Rottal-Inn verlegt. Nach 24 Jahren Amtszeit hat die 64-Jährige am 29. November ihren letzten Arbeitstag im Pfarrkirchner Landratsamt. Die seit 1996 Dritte Vizepräsidentin des Bayerischen Landkreistags wurde beim Festabend von Innenminister Joachim Hermann als „Glücksfall für den Landkreis Rottal-Inn“ bezeichnet, verfüge sie doch nicht nur über politische, sondern auch große menschliche Qualitäten. Bruni Mayer habe sich zudem eingebracht über ihren Landkreis hinaus, sie sei eine engagierte Verfechterin der kommunalen Selbstverwaltung gewesen. „Bruni Mayer hat viel getan und viel erreicht für den Landkreis Rottal-Inn, sie kann stolz sein auf ihr Lebenswerk“, konstatierte Herrmann.

Präsident Jakob Kreidl verwies darauf, dass Bruni Mayer als Landrätin und als Präsidiumsmitglied des Landkreistages „eine unnachahmliche Art hatte, auf Menschen zuzugehen“ und fügte hinzu: „Dir sind die Herzen zugeflogen, weil Du immer ehrlich warst, weil Du zu Deiner Meinung gestanden hast und weil Du immer darauf geachtet hast, niemanden persönlich zu verletzen.“ Der Weg als Landrätin des Kreises Rottal-Inn sei nicht vorgezeichnet gewesen, „er war beschwerlich, mit Hindernissen verbunden und er hat Opfer gekostet“. Heute sei der Name Bruni Mayer fast schon ein Synonym für den Landkreis Rottal-Inn. Als Anerkennung überreichte ihr Dr. Jakob Kreidl den Goldenen Löwen des Landkreistages.

Kelheims Landrat Dr. Hubert Faltermeier (Freie Wähler) wird ab 30. November die Nachfolge von Bruni Mayer als Dritter Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags antreten. Der 62-jährige Kommunalpolitiker erhielt 80 von insgesamt 82 abgegebenen gültigen Stimmen. **DK**

Präventive...

(Fortsetzung von Seite 1)

vestition in die Förderung „gesunder Strukturen“, hob Stamm hervor und wies darauf hin, dass ein derartiges Denken auch einen volkswirtschaftlichen Nutzen habe, weshalb die Bayerische Staatsregierung neben den Kommunen mehr in die finanzielle Verantwortung gehen müsse. Mit 10 Prozent Finanzierungsanteil tue der Freistaat zu wenig. Das Ziel von 25 Prozent nach dem 3. Bayerischen Musikplan sei nun formuliert, daher müsse man diesem Ziel rasch näher kommen – „nicht im Schnecken tempo, sondern etwas schneller“.

Die Musikschulen leisten nach Stamms Worten bei ständig steigender Nachfrage Hervorragendes: Sie garantierten eine Breitenförderung, die allgemein bildende Schulen so nicht bieten können – und dies zu erschwinglichen Preisen. „Und die Schülerinnen und Schüler erwerben nebenbei Schlüsselqualifikationen, die im beruflichen Alltag – das Arbeiten im Team etwa – als selbstverständlich vorausgesetzt werden. In meinen Augen ist musikalische Bildung deshalb eine Investition in die Zukunft unserer jungen Menschen.“

Barbara Stamm plädierte für mehr Bürokratieabbau und meinte damit vor allem das Bildungspaket für Hartz IV-Empfänger, das auch die musikalische Bildung beinhaltet. „Wenn man solche Dinge bürokratisch auf den Weg bringt, dann sollte man es besser lassen“, meinte Stamm unter dem großen Beifall der Gäste.

Der Wert von Musik sei offenkundig, die Fakten seien eindeutig: Die Anzahl der Musikschulen hat sich Stamm zufolge in den letzten 30 Jahren verdreifacht, die Schülerzahl mehr als vervierfacht. Im Moment sind rund 5.000 Lehrkräfte an 213 Musikschulen beschäftigt, die in mehr als 850 Gemeinden und Städten über 139.000 Kindern und Jugendlichen das Singen und Musizieren vermitteln. Deshalb versicherte die Politikerin am Ende ihrer Festrede: „Ich werde auch in Zukunft meine schützende Hand über die Musikschulen halten.“

Der VBSM-Vorsitzende Wolfgang Greth bedankte sich und mahnte, dass die Diskussion um den Ausbau eines flächendeckenden Musikschulangebotes seit Jahren feststecke. Er appellierte an die staatlichen Vertreter, sich finanziell mehr für die flächendeckende Versorgung mit musikalischer Erziehung zu engagieren.

Als Höhepunkt des Festakts erhielt Theo Zellner für seine

Verdienste um die Sing- und Musikschulen in Bayern die Carl-Orff-Medaille. Überreicht wurde diese von VBSM-Präsident Martin Bayerstorfer, der auch die Laudatio hielt.

Theo Zellner, Landrat a. D. des Landkreises Cham und Präsident des bayerischen Sparkassenverbandes hat laut Bayerstorfer vor langer Zeit den Satz geprägt: „Jeder Euro, der in die Musikschule investiert wird, ist gut angelegt.“ Jede der 39 Gemeinden im flächenmäßig fünftgrößten Landkreis Bayerns sei Teil der Landkreismusikschule.

Großer Förderer

Die Musikschule Kötzing e. V. geriet in Zellners Zeit als dortiger 2. Bürgermeister im Schuljahr 1985/86 in das Blickfeld des VBSM: Ein mit bescheidenen Mitteln kommunal seriös mitverantwortetes Gebilde mit damals 56 Schülern. „Wir haben diese Musikschule gegen verbandsinterne Widerstände aufgenommen, da wir nicht darüber zu richten haben, wie viel Musikschule sich eine Kommune leistet, wenn sie nur die geltenden Anforderungen erfüllt. Wir sind froh über unsere damalige Haltung, diese Musikschul-Zelle helfend begleiten zu wollen, wurde sie doch im Jahre 1991 mit dann schon 88 Schülern zu einem ersten Grundstock für das große Unternehmen Zweckverband Landkreismusikschule Cham, welches mit 21 Mitgliedsgemeinden gestartet ist und bis 2008 alle 39 Gemeinden unter seinem Dach versammeln konnte“, machte Bayerstorfer deutlich.

Von Anfang sei Theo Zellner einer der größten Förderer der Landkreismusikschule gewesen. Als Bürgermeister habe er die Notwendigkeit, den Sinn und den Nutzen einer öffentlichen Musikschule publik gemacht – „passend zu Ihrer Selbst einschätzung, Ihre größte persönliche Stärke sei Ihre Fähigkeit, offen auf andere zugehen und die Menschen zum Mitmachen für ein gemeinsames Ziel bewegen zu können“, so Bayerstorfer.

Wie der Präsident abschließend ausführte, habe Zellner diese Bildungseinrichtung mit hohem persönlichem Einsatz begleitet, beschützt, geprägt und gefördert. „Sie haben sich über eine lange Zeitspanne vor Ort, im Landkreis und in der bayerischen wie bundesweiten Gremienlandschaft für junge und alte Menschen, für Ihre Heimat in einem neuen Europa, für Bildung, Ausbildung und einen Platz in der Gemeinschaft eingesetzt.“ **DK**

Beachtliche...

(Fortsetzung von Seite 1)

Bayerischen Wirtschaftsministerium, Norbert Portz, Deutscher Städte- und Gemeindebund sowie Dr. Franz Dimberger (Bayerischer Gemeindetag) Impulsreferate. Eine fachkundig besetzte Diskussionsrunde mit Prof. Dr. Albert Göttle, Präsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt, Thomas Barth, Vorstandsvorsitzender E.ON Bayern, Gerd Bock, Vorstand Unterfränkische Überlandzentrale, Genossenschaftsverband, Götz-Ulrich Luttenberger, Vorstand Städtische Überlandwerke Coburg, Alexander Eberl, Bürgermeister der Stadt Schwarzenbach a. d. Saale, Tobias Reiß, energiepolitischer Sprecher der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag sowie Dr. Uwe Brandl komplettierte die mehrstündige Podiumsveranstaltung.

„Energie muss sicher, bezahlbar und nachhaltig sein“, hatte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl bei der Eröffnung der Kommunale betont. „Wir Gemeinden unterstützen die Energiewende, die von Bundesregierung und Bayerischer Staatsregierung ausgerufen worden ist. Ohne uns kann sie aber nicht gelingen. Denn die Standorte der geplanten Anlagen zur Gewinnung regenerativer Energien befinden sich im Wesentlichen im ländlichen Raum, in dem wir Gemeinden die Planungshoheit haben. Wir beeinflussen mit unserer Politik entscheidend die örtliche Akzeptanz von Windrädern, Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, Biogasanlagen und Solarparks. Wir erwarten daher eine intensive Einbindung in die staatlichen Entscheidungsprozesse“, machte Brandl deutlich. Er forderte ein staatliches Gesamtkonzept, das sicherstellt, dass sich die vielen kommunalen Projekte in die bayerische, bundesdeutsche und europäische Energiestruktur einfügen. „Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht sicheren und bezahlbaren Strom. Andernfalls wird die Begeisterung für die Energiewende schnell verfliegen sein“, prognostizierte der Präsident.

Vor den über 1.000 bei der Eröffnung anwesenden Kommunalpolitikern appellierte er an die Bayerische Staatsregierung:

1. Die kommunalen Spitzenverbände müssen im Lenkungsausschuss der Bayerischen Energieagentur auf gleicher Augenhöhe mit den staatlichen Stellen und den Energieversorgern mitwirken.

2. Bund und Freistaat müssen weitreichende finanzielle Unterstützung für den Umstieg auf erneuerbare Energien gewähren. Wir brauchen neue Energieproduktionsanlagen, Pumpspeicher sowie Überland- und Verteilnetze. Der Staat muss Energienutzungspläne und Entwicklungspläne fördern. Wir erwarten, dass der Investitionspakt von Bund und Ländern zur energetischen Sanierung kommunaler Liegenschaften neu aufgelegt wird.

3. Der Bund muss sein CO₂-Gebäudesanierungsprogramm deutlich ausweiten.

4. Die Genehmigungsverfahren für Windenergie-, Photovoltaik- und Wasserkraftanlagen müssen spürbar einfacher werden.

Brandl zufolge hat die Reaktor-katastrophe von Fukushima zu einem Umdenken in der deutschen Energiepolitik geführt. Binnen weniger Jahre soll der Umstieg von der Kernenergie auf die alternativen Energieformen gelingen. Das alles koste viel Geld. Es könne nicht angehen, dass allein die Stromkunden die Zeche zahlen. Für die Energiewende müssten Bund und Freistaat viel mehr finanzielle Mittel in die Hand nehmen als bislang veranschlagt.

„Neue Wege der Bürgerbeteiligung“ standen im Fokus einer weiteren Podiumsveranstaltung. In seinem Impulsreferat wies Dr. Jürgen Busse, Geschäftsführendes

Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags, darauf hin, dass die Energiewende nur gelingen werde, „wenn die Bürger in die Entscheidungsprozesse frühzeitig, umfassend und mit einer positiven Zielsetzung für den Einzelnen einbezogen werden“. Laut Busse müssen die vorhandenen, durchaus bewährten Instrumentarien der Bürgerbeteiligung weiterentwickelt werden. In diesem Zusammenhang machte der Geschäftsführer auf folgende Aspekte aufmerksam:

Frühzeitige Information

1. Der Zeitpunkt der Bürgerbeteiligung müsse soweit wie möglich nach vorne verlagert werden. Die Öffentlichkeit dürfe nicht den Eindruck bekommen, dass es bereits ein im Grunde fertiges Vorhaben gibt, das allenfalls noch in Kleinigkeiten verändert werden kann.

2. Stichwort Flexibilität der Bürgerbeteiligung: Es reiche nicht aus, einen Plansatz einen Monat lang im Rathaus auszulegen und darauf vorher im Amtsblatt oder an der gemeindlichen Anschlagtafel hinzuweisen. Vielmehr müsse der Planungsträger sorgsam darüber nachdenken, welchen Informationsweg er geht und wie er die Öffentlichkeit anspricht.

3. Neben einer offensiven Kommunikation eines Projekts mit der Bürgerschaft sollte versucht werden nachweisbare Vorteile einer Planung aufzuzeigen. Bleibt beispielsweise die Wertschöpfung als Bürgeranlage vor Ort, steige die Akzeptanz eines Windrads oder eines Solarparks immens an.

Auch Innenminister Joachim Herrmann appellierte in einem weiteren Impulsreferat an Gemeinden und Städte, die Bürger bei Großprojekten möglichst frühzeitig zu beteiligen: „Bei städtebaulichen Planungen und dem Bau von Straßen oder Solarparks ist es wichtig, die Bürger auch schon vor den gesetzlich vorgeschriebenen Anhörungsverfahren mit einzubeziehen. Hier gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, etwa im Rahmen von Leitbildprozessen, Bürgerwerkstätten und Bürgerbefragungen. Ich kann unsere Kommunalpolitiker nur dazu ermuntern, derartige neue Formen der Bürgerbeteiligung noch mehr als bisher bei der städtebaulichen Planung zu nutzen.“

Es müsse nach jedem Einzelfall entschieden werden, wie diese frühzeitige Beteiligung bestmöglich erfolge. Der Kommunalminister: „Mit neuen Dialogformen und einer frühen Beteiligung schaffen wir auch eine bessere Akzeptanz kommunaler Projekte. Anstelle von ‚Wutbürgern‘ wollen wir ‚Aktivbürger‘, also Bürger, die sich aktiv in die Planung einbringen.“

Herrmann unterstrich, dass der Freistaat Bayern beim Straßenbau mit einer frühen Einbindung der Bürger auf freiwilliger Basis positive Erfahrungen gemacht habe. Als Beispiel hierfür nannte er den geplanten sechsstreifigen Ausbau der A8 von Rosenheim bis Salzburg. „Wir haben gleich mehrere Arbeitsgruppen eingesetzt, damit die Planungen im intensiven Dialog mit der Bevölkerung und Verbänden erfolgen.“

Gemeinsam würden Lösungen zur Trassenführung, zum Lärmschutz oder Landschaftsschutz erarbeitet, die dann Grundlage für die weiteren Verfahrensschritte seien. Herrmann: „Der intensive Planungsdialog zum Ausbau der A8 ist bundesweit bisher einmalig. Mag er auch einen hohen Aufwand bedeuten – er bietet die Chance, auch in den kritischen Bereichen Lösungen zu finden.“ Die Erfahrung in diesem Dialog zeige aber auch, dass bis zu einem breiten Konsens aller Beteiligten an manchen Stellen noch ein weiter Weg sei. **DK**

LKC KommunalForum 2011:

EU-Beihilferecht und Besteuerung der öffentlichen Hand

Innenminister Herrmann fordert Vereinfachung der EU-Beihilfavorschriften

Auch in diesem Herbst trafen sich wieder Bürgermeister, Kämmerer und Geschäftsführer kommunaler Unternehmen im Bürgerhaus Pullach zum KommunalForum der Rechtsanwaltskanzlei LKC und des Verbandes kommunaler Unternehmen. In seiner Rede forderte Innenminister Joachim Herrmann mit Blick auf die anstehende Reform des Monti-Pakets für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) eine Vereinfachung der Beihilfavorschriften, um den Verwaltungsaufwand in den Kommunen in angemessenem Rahmen zu halten. Weitere Referenten aus der Kanzleigruppe LKC, dem Bayerischen Wirtschaftsministerium, dem Bayerischen Innenministerium sowie aus dem Bundesfinanzministerium und dem Verband kommunaler Unternehmen informierten die Teilnehmer aus erster Hand und gaben zahlreiche Gestaltungsvorschläge für die praktische Arbeit.

In seinem Einführungsreferat erläuterte Rechtsanwalt und Altbürgermeister Dr. Stefan Detig die Relevanz des EU-Beihilferechts in der kommunalen Praxis. Hierbei stehen nicht nur kassenwirksame Zuschüsse aus dem kommunalen Haushalt an private oder kommunale Unternehmen im Zentrum der Betrachtung, sondern gerade auch die Unterstützung von örtlichen Vereinen. Letztere können beispielsweise im Bereich der Altenhilfe, im Gegensatz zu privaten Wettbewerbern, in den Genuss wettbewerbsverzerrender Beihilfen kommen.

Aus einem jüngst erfolgreich abgeschlossenen Notifizierungsverfahren einer Kommunalbürgerschaft zugunsten eines städtischen Unternehmens folgerte Stefan Detig, dass mit der richtigen Argumentation auch das EU-Beihilferecht machbar und regelbar sei. Das EU-Beihilferecht zu vernachlässigen, berge zahlreiche rechtliche und wirtschaftliche Risiken, wie zum Beispiel die Nichtigkeit

von Verträgen, durch den BGH kürzlich erweiterte Klagemöglichkeiten von Wettbewerbern oder strafrechtliche Folgen für Mandatsträger. Die Verjährungsfrist betrage hierbei zehn Jahre. Aktives Gestalten sei die Devise, um eine der zahlreichen Ausnahmen des grundsätzlichen Beihilfeverbots im Bereich der Daseinsvorsorge zu nutzen.

Reform des Monti-Pakets

Den Einführungs Vortrag vertiefte Oberregierungsrätin Claudia Vilgertshofer aus dem Bayerischen Innenministerium. Sie ging auf die für die Daseinsvorsorge relevante EuGH-Rechtsprechung ein. Ministerialrat Dr. Klaus Hannes Schäch aus dem Bayerischen Wirtschaftsministerium gab einen Ausblick auf die anstehende Reform des Monti-Pakets, dessen vier Dokumente bereits im Entwurf vorliegen. Nach erster Einschätzung werden aufgrund der reduzierten Freistellungsgrenze von

30 Mio. EUR auf 15 Mio. EUR Notifizierungsverfahren wieder stärker Platz greifen. Die engen Vorgaben des Rahmens, z.B. bei Ausgleichsleistungen wird die Notifizierung aufwändiger machen. Außerdem fordere der Rahmen den Bedarf an der öffentlichen Dienstleistung anhand einer öffentlichen Konsultation genau zu ermitteln. Diese führe zu einem immensen Aufwand und schränke die Einschätzungsprärogative der Kommunen ein.

Umsatzsteuerpflicht von Zuschüssen und Verlustausgleichszahlungen

Steuerberaterin Andrea Nast-Kolb sensibilisierte die Teilnehmer für die Umsatzsteuerpflicht von Zuschüssen und Verlustausgleichszahlungen, die neben den kassenwirksamen Ausgleichszahlungen als weiteres Damoklesschwert über den kommunalen Haushalt schweben. Ziel sei die Gestaltung eines echten Zuschusses unter sorgfältiger Abwägung der verwendeten Formulierungen in Abstimmung mit Steuerberater, Rechtsanwalt und Finanzamt. Ein Leistungsaustauschverhältnis sollte unbedingt vermieden werden.

Wirtschaftsprüfer Franz-Stephan von Gronau erläuterte den kürzlich beschlossenen Prüfungsstandard 700, der künftig Teil der Jahresabschlussprüfung sein wird. Mögliche Auswirkungen beihilferechtlicher Sachverhalte ergeben sich auf die Berichterstattung im Lagebericht über Risiken der zukünftigen Entwicklung, die Rechtswirksamkeit von beihilferechtlich relevanten Verträgen, die Annahme der Unternehmensfortführung, die Berichtspflicht über Gesetzesverstöße, die Haftung der Geschäftsführer sowie die erweiterte Prüfung nach § 53 HGrG. Auch wenn der Prüfungsstandard unmittelbar nur im Innenverhältnis verpflichte, so habe er über § 323 HGB mittelbar Außenwirkung.

kostenfreie Beratungsangebot sehr gut, wobei natürlich die jeweilige Wirtschaftslage eine Rolle spielt: Im Krisenjahr 2008 haben unsere Finanzierungsexperten zum Beispiel weit über 2.000 Gespräche geführt, um die Firmen sicher durch die Krise zu begleiten. Im Konjunkturchoch 2011 werden es zum Jahresende wohl rund 1.300 Beratungen sein, oft zu neuen Investitionsprojekten. Sehr gut angenommen wird das persönliche Gesprächsangebot unserer mobilen Außenstellen bei den Industrie und Handelskammern.“

Schnelle Ersthilfe bei akuten Krisenfällen

Der Leiter der Repräsentanz Herbert Antes ergänzt: „Bei den regelmäßigen Sprechtagen in den Räumen der Industrie- und Handelskammern finden die meisten persönlichen Beratungsgespräche statt, etwa in Würzburg, Bayreuth oder Bamberg. Die Kammern beziehen auch Landratsämter ein, so dass unser Hilfsangebot nahezu flächendeckend präsent ist. Bei akuten Krisenfällen kommen wir auch direkt ins Unternehmen – hier ist schnelle Ersthilfe und die Gesprächsvermittlung zur Hausbank angesagt.“

Die LfA ist die staatliche Spezialbank zur Förderung des Mittelstands in Bayern. Die Förderkredite werden grundsätzlich bei den Hausbanken der Unternehmen beantragt und über diese ausgereicht. In 60 Jahren hat die LfA ein Fördervolumen von insgesamt 55 Milliarden Euro zugesagt.

Künftig gelte es bei der Bestellung des Jahresabschlussprüfers zunehmend einen mit kommunalen Unternehmen versierten, nicht nur mit dem branchenüblichen in der § 53 HGrG-Prüfung erfahrenen, sondern gerade auch EU-beihilferechtlich kompetenten Wirtschaftsprüfer zu wählen.

Der zweite Teil der Ganztagsveranstaltung galt auch heuer wieder der Besteuerung der öffentlichen Hand. Erich Pinkos, Referent im Körperschaftsteuerreferat des Bundesfinanzministeriums und Koryphäe in der Besteuerung der öffentlichen Hand, widmete seinen Vortrag Contracting-Gestaltungen, speziell der Wärmeversorgung städtischer Gebäude durch die eigenen Stadtwerke. Die Auslagerung mittels Dienstleistung an eigener Anlage oder über Dienstleistung einschließlich der Überlassung einer „fremden“ Anlage erkenne die Finanzverwaltung an. Hierbei seien fremdübliche Konditionen zu vereinbaren. Eine Ersparnis für die Kommune trete nur ein, wenn der „Fremde“ fremdüblich billiger sei als eine Eigentätigkeit.

Steuerliche Fallstricke

Rechtsanwalt und Steuerberater Dr. Stephan Salzmann legte den Fokus auf steuerliche Fallstricke beim Vermögensübergang auf ein Kommunalunternehmen. Aufgrund der neuesten BFH-Rechtsprechung sei eine Übertragung von Verlustvorträgen und eine Buchwertfortführung nicht gesichert. Den Landesgesetzgeber forderte er auf, gerade auch aus umwandlungssteuerlicher Sicht eine klare Regelung für Umwandlungen von Regie- oder Eigenbetrieben auf Kommunalunternehmen zu schaffen.

In seinem zweiten Vortrag widmete sich Erich Pinkos der Begründung von Betrieben gewerblich



Innenminister Joachim Herrmann bei seinem Vortrag.

cher Art durch Kooperationen zwischen mehreren Gemeinden. Im Falle von gemeinsamen GmbH & Co KGs begründe die kommunale Beteiligung als Mitunternehmenschaft bei der jeweiligen Kommune einen Betrieb gewerblicher Art. Durch die Kombination von Stadtwerken der einen Kommune mit Bäderbetrieben der anderen Kommune komme es jedoch zu keinerlei steuerlichen Ergebnisverrechnung.

Dr. Susanne Weber, stellvertretende Bereichsleiterin Finanzen und Steuern beim VKU in Berlin, gab in ihrem Referat Antworten auf aktuelle Fragen des Energiesteuerrechts. Die geplante Änderung durch die Novellierung der Energiesteuerrichtlinie berücksichtige stärker den CO₂-Gehalt der Brennstoffträger und der Effizienz von neuen Energieerzeugungsanlagen bei künftigen Planungen. Künftig seien die voraussichtlichen EU-Vorgaben bei Wirtschaftlichkeitsberechnungen für Neuanlagen zu beachten. Dies sollte auch zu einer Anpassung der Vertragsklauseln bezüglich der Weitergabe etwaiger Mehrbelastungen führen.

Im abrundenden Vortrag von Wirtschaftsprüfer Dr. Robert Knold wurde die Bewertung von Unternehmen im Rahmen der Besteuerung der öffentlichen Hand vertieft. Demnach haben Unternehmensbewertungen in der kommunalen Praxis eine erhebliche Bedeutung, beispielsweise bei Anteilsverkäufen oder Überführung von Betrieben gewerblicher Art in den Bereich der Vermögensverwaltung bzw. Hoheitsbereich. In allen Fällen sei eine sachgerechte Beteiligungsbewertung nach steuerlichen bzw. betriebswirtschaftlichen Maßstäben notwendig. Hierfür sollte ein Grundverständnis für Bewertungen im Kommunalbereich vorhanden sein, die auch für Investitionsentscheidungen im Bereich Erneuerbare Energien hilfreich sind.

Das LKC KommunalForum war auch in diesem Jahr wieder ein Treffpunkt der in der Kommunalwirtschaft Tätigen und förderte neben dem fachlichen Austausch auch das persönliche Miteinander. Weitere Informationen unter 089/232416910 und www.lkc.de/kommunalberatung.

Mittelstand in Nordbayern:

12.600 mal gut beraten

LfA Förderbank Bayern gibt seit zehn Jahren Finanzierungstipps vor Ort

10-jähriges Jubiläum und Erfolgsbilanz für die Repräsentanz Nordbayern der LfA Förderbank Bayern: Seit 2001 haben die Finanzierungsexperten 12.600 kostenfreie Beratungsgespräche mit Unternehmern aus den drei fränkischen Regierungsbezirken und der Oberpfalz geführt. Die staatliche Spezialbank mit Hauptsitz in München hat die Beratungsstelle in Nürnberg eingerichtet, um Mittelständlern bei Fragen zu Fördermöglichkeiten und in Krisenfällen vor Ort schnell helfen zu können.

In einer Feierstunde in der Nürnberger Kaiserburg gratulierte Bayerns Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel: „Nach ihrem 60. Geburtstag hat die LfA Förderbank Bayern dieses Jahr einen zweiten Grund, um zu feiern: Die Erfolgsbilanz nach 10 Jahren LfA Repräsentanz in Nürnberg ist beeindruckend. Die Fälle reichen von Gründungsfragen über Wachstumsfinanzierungen bis hin zu existenzbedrohenden Unternehmenskrisen mit dem Einsatz einer Task Force. Damit hat die LfA einen wertvollen Beitrag für den wirtschaftlichen Erfolg der gesamten Region Nordbayern geleistet, die im letzten Jahrzehnt hart vom wirtschaftlichen Wandel getroffen war.“ LfA-Chef Michael Schneider: „Die Unternehmer aus den drei fränkischen Regierungsbezirken und der Oberpfalz nutzen das

stanzbedrohenden Unternehmenskrisen mit dem Einsatz einer Task Force. Damit hat die LfA einen wertvollen Beitrag für den wirtschaftlichen Erfolg der gesamten Region Nordbayern geleistet, die im letzten Jahrzehnt hart vom wirtschaftlichen Wandel getroffen war.“ LfA-Chef Michael Schneider: „Die Unternehmer aus den drei fränkischen Regierungsbezirken und der Oberpfalz nutzen das

Bayerische Volksbanken und Raiffeisenbanken:

Verlässliche Partner bei der Kreditvergabe

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken bleiben für die Landwirtschaft der zentrale Kreditgeber im Freistaat. Im ersten Halbjahr 2011 konnten die Genossenschaftsbanken im Bereich der Land- und Forstwirtschaft ihr Kreditvolumen um 123 Millionen Euro ausdehnen. Das entspricht einem Wachstum von 2,4 Prozent. Insgesamt sind damit rund 5,2 Milliarden Euro an bayerische Bauern verliehen. Mit einem Marktanteil von über 63 Prozent sind die Kreditgenossenschaften Marktführer bei Landwirtschaftskredit. „Die Landwirtschaft ist nach wie vor für Bayern wichtig. Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken sind sich der Bedeutung dieses Wirtschaftssektors bewusst“, so Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern.

Das dokumentiert auch das Engagement der bayerischen Kreditgenossenschaften bei der Vermittlung und Weiterleitung von landwirtschaftlichen Förderkrediten der Rentenbank. Hier sind die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken mit einem Anteil von 65,8 Prozent unangefochtener Spitzenreiter. Dazu Götzl: „Die bayerischen Landwirte können sich bei der Kreditvergabe voll und ganz auf die Kreditgenossenschaften verlassen.“

www.lfa.de

60 JAHRE MITTELSTAND

Auch für energiesparende Sanierungen

InfraKredit Kommunal
Wasserversorgung | Abwasserentsorgung | Verkehrsinfrastruktur | Touristische Infrastruktur | Energieeinsparung

Der InfraKredit Kommunal der LfA Förderbank Bayern – beste Konditionen für Kommunen

Die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Bayern zu stärken und zu fördern, ist unser Ziel. Daher bieten wir für Kommunen, kommunale Eigenbetriebe und Zweckverbände den InfraKredit Kommunal an – in Kooperation mit der KfW Bankengruppe. Wir finanzieren kommunale Investitionen mit stark zinsverbilligten Krediten. Besuchen Sie uns im Internet unter www.lfa.de oder rufen Sie unsere Spezialisten an unter 089/21 24-22 62*. Gerne geben wir Ihnen detaillierte Auskünfte.

* (3,9ct/Min. aus dem deutschen Festnetz; Mobilfunkhöchstpreis 42 ct/Min.)

LfA FÖRDERBANK BAYERN
Damit machbar wird, was denkbar ist.

Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler (BdSt):

Hier stinkt es zum Himmel

Die öffentliche Verschwendung 2011 - Bayerische Beispiele

Der Bund der Steuerzahler (BdSt) hat die 39. Ausgabe des Schwarzbuchs „Die öffentliche Verschwendung 2011“ veröffentlicht. Anhand zahlreicher Beispielfälle deckt der Verband den verschwenderischen, sorglosen und unwirtschaftlichen Umgang mit Steuergeldern auf. Untergliedert in Kapitel geht es im Schwarzbuch u.a. um Fehlplanungen, Kostenexplosionen, Leerstand auf Kosten der Steuerzahler oder unsinnige Ausgaben im Bereich Brücken und Verkehr.

Wie Rolf von Hohenhau, Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern e.V. auf einer Pressekonferenz in München erläuterte, spreche vieles dafür, dass beim Verschwendungsvolumen von einer Größenordnung von 5 Prozent der öffentlichen Ausgaben ausgegangen werden kann. „Doch ganz gleich, ob es eine Milliarde Euro oder 30 Milliarden sind, uns kommt es darauf an, durch unser Schwarzbuch das Bewusstsein für einen sparsamen Umgang mit Steuergeldern zu schärfen und der öffentlichen Verschwendung präventiv entgegenzutreten.“

Eigentlich, so von Hohenhau, müssten Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit zwingendes Gebot bei der Verausgabung öffentlicher Mittel sein. Dass dem nicht so ist, davon zeugen die nachfolgenden Beispiele.

Stadt Amberg

Beratungsresistenz kann man der Stadt Amberg nicht vorwerfen. Für das städtische Bau- und Umweltreferat müssen jeweils die Referatsleiterstellen neu besetzt werden. Dafür müssen Anforderungsprofile erstellt, Inserate geschaltet und die Referatensuche koordiniert werden.

Eine Aufgabe für die städtische Personalverwaltung? Sollte man meinen! Doch der Stadtrat der Stadt Amberg hat sich „nach gründlicher Abwägung“ dazu entschlossen, ein Personalberatungsunternehmen mit der Referatensuche zu beauftragen. „Dabei sind die externen Berater nicht nur in einzelne Verfahrensschritte, sondern in die Verfahren insgesamt eingebunden“. Kostenpunkt: rund 66.000 Euro. Darin enthalten sind Beraterhonorar, Kosten für überregionale Ausschreibungen sowie weitere mit dem Auswahlverfahren verbundene Sachkosten. Zwar versicherte die Stadt Amberg dem Bund der Steuerzahler, dass die in diesem Fall verausgabten Haus-

haltungsmittel optimal und „nicht leichtfertig“ eingesetzt werden. Aus welchem Grund aber die eigene Personalverwaltung diese Aufgabe nicht selbst meistern kann, bleibt für die Amberger Steuerzahler nach wie vor schleierhaft.

Stadt Augsburg, Curt-Frenzel-Stadion

Der Spaß an Sport und Spiel ist nicht nur den Augsburger Eishockeyfans vergangen. Um einen möglicherweise drohenden Lizenzverlust für das Eishockeyteam der Augsburger-Panther in der Profiligen DEL zu verhindern, sollte das 1963 erbaute Curt-Frenzel-Eisstadion fit gemacht und für rund 16 Mio. Euro grundlegend saniert werden. Der Umbau wurde jedoch vor allem für die Steuerzahler zum Treppwitz.

Man hatte schlechthin die Stufen der Tribünen zu flach angelegt. Es kam, wie es kommen musste: Die Sicht auf das Spielgeschehen auf dem Eis war teils katastrophal und schlichtweg inakzeptabel. Die Fans schauten in erster Linie auf den Kopf ihres Vordermanns und fragten sich: „Wo ist der Puck?“ Nun muss man zum Äußersten greifen: Abriss der verpfuschten Tribünen! Es wird neu gebaut!

Rund 1,8 Mio. Euro zusätzlich kostet die Nachbesserung des misslungenen Tribünenumbaus. Weitere 190.000 Euro kommen gleichsam als Beschleunigungszuschlag hinzu, um den Saisonstart der Augsburger-Panther im Stadion nicht zu gefährden. Doch dem nicht genug. Mit rund einer weiteren Million Euro wird die Anhebung der Eisfläche zu Buche schlagen. Summa summarum: Über 19 Mio. Euro wird der Stadionumbau die Augsburger Steuerzahler kosten! Konkrete Anfragen und Vorwürfe des Bundes der Steuerzahler bezüglich einer Verschwendung von Steuergeldern blieben mit Verweis auf „schwebende Verhandlungen mit

dem Architektenbüro“ unbeantwortet. Nach Pech und Pannen wird es für die leidtragenden Augsburger Steuerzahler wenig tröstlich sein, falls den Worten ihres Oberbürgermeisters - „Wo ein Mangel ist, ist auch ein Schuldiger. Es läuft uns keiner davon.“ - keine Ergebnisse folgen werden.

Stadt Bamberg

Zu einem „Fass ohne Boden“ hat sich der Neubau der Kettenbrücke in Bamberg entwickelt. Der Bund der Steuerzahler hat schon in seinem Schwarzbuch 2010 über die Kostenexplosion beim Bau dieser Brücke berichtet. Damals steigerte man sich von einer anfangs groben Schätzung der „Projektkosten“ von 6,1 Mio. Euro auf 14,9 Mio. Euro. Doch die Stadt Bamberg hat weiterhin kein

SGZ DatenService:

Erfolgreich mit Mehrwertkonzepten

Die SGZ DatenService GmbH (SGZ) ist eine 100-prozentige Servicegesellschaft des Sparkassenverbandes Bayern und seit drei Jahren mit Mehrwertkonzepten in den kostenbehafteten Bereichen Informations- und Bankentechnik, Vertragsverwaltung, Personalabrechnung und bei der elektronischen Personalaktenführung am Markt. Entlastungen bei den Verwaltungsarbeiten, Verbesserung der Transparenz sowie höhere Standardisierungsgrade sind das Thema. Die SGZ setzt auf effizienzsteigernde und kostenoptimierende Mehrwertlösungen und grenzt sich von Beratungsgesellschaften ab, die sich vorwiegend um die Prozesse in den Sparkassen kümmern. Neben der Analyse von IT-Kosten bietet die SGZ aktuell auch Unterstützung bei Personaldienstleistungen sowie beim browserbasierten Vertragsmanagement an.

Ausschlaggebend für den bisherigen Erfolg sind das sehr gute fachspezifische Know-how, die langjährige Erfahrung der Mitarbeiter, das Netzwerk zu den Kooperationspartnern und die integrative Einbettung in den Verbund. Die Sparkassen profitieren durch den Mehrwert der Dienstleistungen und schaffen mehr Platz für Kernkompetenzen.

Bei der Auswahl der Partner kooperiert die SGZ vor allem mit dem Dt. Sparkassenverlag (Vertragsmanagement), der transactio GmbH (Workflow und Scanning bei Personalakten) sowie seit drei Jahren mit der Fa. UDM bei der umfangreichen IT-Kostenanalyse.

Der Sitz der Gesellschaft und der Geschäftsführung ist am Karolinenplatz 5 in München. Das operative Geschäft wird in den Büroräumen der Sparkassenakademie in Landshut umgesetzt.

Geschäftsfeld: IT-Analysen

Ein Produkt ist die IT-Kostenanalyse (Kooperationspartner UDM), weitere Module sind die IT-Rechnungsanalyse der FI-Rechnungen sowie die Analyse der Wirtschaftlichkeit und der Auslastung der SB-Geräte.

Die umfangreiche IT-Kostenanalyse zeigt den Sparkassen auf, wie es mit dem drittgrößten Kostenblock neben den Personalkosten bei den Sparkassen bestellt ist. Gerade über einen gewissen Zeithorizont hinweg kann die Sparkasse die Kostenentwicklung genau beobachten und entsprechend handeln. Die Ergebnisse werden in einer Dokumentation zusammengefasst und bei den Kunden präsentiert. Bisher hat jede Sparkasse von der Analyse wirtschaftlich profitiert.

Neben der umfangreichen IT-Kostenanalyse bietet die SGZ als Hauptprodukt die IT-Rechnungsanalyse an. Monatlich werden die Rechnungen der FI ausgewertet und einem Leistungsvergleich mit anderen Sparkassen unterzogen.

glückliches Händchen bei der Kostenentwicklung ihrer Kettenbrücke.

Abermals stiegen die Kosten um 2,5 Mio. Euro auf 17,4 Mio. Euro. Ursächlich hierfür waren in erster Linie notwendige statische Aufrüstungen und Umlanungen bei der Fundamentierung der Brücke. Zu Buche schlugen auch die Kosten für den Architektenwettbewerb und der Ablösebetrag für die alte Brücke an das zuständige Wasserstraßenneubauamt. Doch damit ist das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht. Durch die Kopplung der Honorare für Architekten und Ingenieure an die gestiegenen Baukosten ist eine erneute Kostensteigerung von 1,4 Mio. Euro zu verzeichnen. Die Kosten der Kettenbrücke haben sich daher auf 18,8 Mio. Euro erhöht. Der Bund der Steuerzahler hat schon im Jahr 2010 die Kostensteigerung der Kettenbrücke von 6,1 Mio. Euro auf 14,9 Mio. Euro scharf kritisiert. Aber bei dem jetzigen Stand der Kostenexplosion von 6,1 Mio. Euro auf sage und schreibe 18,8 Mio. Euro,

also einer Steigerung von über 200 Prozent, fehlen einem die Worte.

Berchtesgaden

Eine neue Mensa für das erst vor sieben Jahren errichtete Schulgebäude war in Berchtesgaden infolge der Einführung des achtjährigen Gymnasiums (G8) erforderlich geworden, muss doch das Gymnasium seinen rund 520 Schülern auch einen Ort bieten, an dem sie zu Mittag essen können. Zu Beginn der Planung schätzte man die Kosten des Mensa-Neubaus auf 650.000 Euro. Doch wurde man eines Besseren belehrt und musste deutliche Kostensteigerungen hinnehmen, unter anderem wegen schwieriger baulicher Verhältnisse und Berechnungsfehler. Nach Fertigstellung der Mensa betrugen die Gesamtbaukosten 1,37 Mio. Euro. Der Steuerzahler wird also mit mehr als dem Doppelten der geschätzten Kosten zur Kasse gebeten.

Stadt Würzburg

Einen Reifall erlebte die Stadt Würzburg mit ihrem Pilotprojekt: „Würzburg integriert!“. Mit dem vor rd. vier Jahren ins Leben gerufenen Projekt wollte man zu-

sammen mit einem Vertragspartner mittels eines E-Governments, einer elektronischen Verwaltung, gleichsam Geschichte schreiben.

Dabei hat man sich hochrangige Ziele gesteckt: Schnellere Bearbeitung von Verwaltungsvorgängen, mehr Bürgernähe bei gleichzeitiger Kosteneinsparung. Eine elektronische Datenvernetzung auf einer zentralen Plattform ist das wesentliche Element des Projekts gewesen. Jeder Sachbearbeiter sollte unterschiedliche Bürgeranliegen in einem einheitlichen System bearbeiten können. Die hierdurch erhoffte Zeitersparnis sollte sich dann in barer Münze auszahlen. Es sollten 75 Arbeitsplätze eingespart werden.

Doch nun ist das Projekt vorzeitig gescheitert. Die Kostenersparnis von rund 27 Mio. Euro, die man sich erhofft hatte, ist schlechthin ausgeblieben. Nach nur vier Jahren hat sich nämlich gezeigt, dass keine Stelle überflüssig ist. Die Zeitersparnis war marginal. Gleichsam nach dem Motto „Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende“ ist die Zusammenarbeit mit dem Vertragspartner eingestellt worden. □

Software zur Verfügung. Der zentrale Server steht bei der FI. Die benutzerfreundliche Anwendung bietet ein Rollen- und Rechtekonzept, Wiedervorlagefunktionalitäten und Reporting.

Geschäftsfeld: Personaldienstleistungen

Entgeltabrechnung

Die Aktivitäten rund um die Entgeltabrechnung bilden den Schwerpunkt des sog. „Basisangebotes“ der SGZ im Geschäftsfeld Personal. Dieses Basisangebot wurde als zentrales Leistungsmodul im Projekt „Personaldienstleistungszentrum“ für die Sparkassen entwickelt.

Seit Januar 2011 führt die SGZ die Entgeltabrechnung der beiden Pilotsparkassen VSK Gunzenhausen und KSK Augsburg erfolgreich durch. Die dreimonatige Pilotphase wurde Ende März 2011 mit Erfolg beendet. Das Leistungsangebot wurde für den Breitereinsatz in den Sparkassen vom Projektkennungsausschuss mit den Sparkassenvertretern freigegeben.

Die Konzentration auf ein breites, jedoch stark standardisiertes inhaltliches Leistungsangebot hat sich in der Praxis bisher voll und ganz bewährt. Des Weiteren zeigt sich, dass die von Anfang an propagierte zentrale Schnittstellenfunktion in der Sparkasse ebenfalls ein wesentlicher Erfolgsfaktor ist. Seit einigen Wochen laufen ebenfalls schon die Aktivitäten zur Übernahme der Entgeltabrechnung einer weiteren Sparkasse. Gespräche mit weiteren Sparkassen für eine evtl. Übernahme ab 2012 werden derzeit ebenfalls geführt.

Elektronische Personalakte

Das Leistungsangebot „Elektronische Personalakte“ umfasst alle Arbeiten rund um die Personalaktenführung. Sie ist für Sparkassen, die die Entgeltabrechnung über die SGZ abwickeln lassen, obligatorisch. Zusätzlich wird Sparkassen die elektronische Personalakte auch als Einzelmodul ohne Nutzung des Basisangebotes der SGZ (Entgeltabrechnung) angeboten.

Die Fa. transactio GmbH in Nürnberg als Partner der SGZ fungiert als Scanning- und Digitalisierungsdienstleister für die laufende technische Befüllung der Personalakten. Auch für die technischen Bestandsübernahmen von Personalakten steht die transactio zur Verfügung.

Als technische Lösung für die elektronische Personalakte wird im Moment noch die aktuelle OSPlus-Anwendung ZDA – Zentrales DokumentenArchiv- der FI eingesetzt. Zukünftig ist der Ein-

satz einer neuen FI-Softwareanwendung für die elektronische Personalakte innerhalb des Entgeltabrechnungssystems PARIS-plus geplant. Testdurchführung bzw. Pilotierung sind seitens der FI ab Dezember 2011 vorgesehen. Auch die SGZ wird die neue FI-Anwendung für ihre elektronische Personalaktenführung einsetzen. Der Breitereinsatz der neuen Anwendung soll ab dem zweiten Quartal 2012 möglich sein.

Workflowsystem

Zur Unterstützung einer rationalen Abwicklung der Arbeitsaufträge zur Entgeltabrechnung bei der SGZ und den beiden Pilotsparkassen wird ein prozessgesteuertes Workflowsystem eingesetzt. Das auf die Bedürfnisse der Sparkassen angepasste System ist im FI-Umfeld eingebunden, es wird vom Dienstleistungspartner der SGZ, der Fa. transactio, betrieben.

Ein standardisiertes Leistungsangebot mit DV-unterstützten, einheitlichen und effizienten Personalprozessen ist für die SGZ jedoch Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Einsatz der Nutzersparkassen.

Das Zusammenspiel zwischen Entgeltabrechnung, Workflowsystem und elektronischer Personalakte bei den Personaldienstleistungen hat sich in der Praxis bewährt und wesentlich zu einem erfolgreichen Start beigetragen. Mit dieser Konstellation hat sich die SGZ (Geschäftsfeld: Personal) derzeit ein Alleinstellungsmerkmal geschaffen. Sie zeigt aber auch, dass für eine effiziente Auftragsabwicklung, als Grundvoraussetzung für ein leistungsstarkes und kostengünstiges Leistungsangebot, einheitliche Leistungsinhalte und hochstandardisierte DV-gestützte Prozesse und Strukturen wesentliche Erfolgsfaktoren sind.

Fazit

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die Sparkassen immer mehr qualifizierte Dienstleistungen und Unterstützungen von den Serviceeinheiten erwarten, gerade in den komplexeren Themengebieten Personaldienstleistungen, Vertragsmanagement und im Bereich der Kostenstrukturen der IT-Bankentechnik. Dabei agiert die SGZ nicht als reiner Mengendienstleister und grenzt sich eindeutig von den Beratungs- und klassischen Backoffice-Gesellschaften ab, die sich vorwiegend um die Prozesse in den Sparkassen kümmern. Dies macht das bisherige Alleinstellungsmerkmal der SGZ mit den entwickelten Leistungsangeboten aus. Ein wichtiger Weg für die Entlastung der Sparkassen. □

Bayerisches Kunstnetzwerk für Schulen

Mitte Oktober fiel der Startschuss zum Aufbau einer bayernweiten Artothek für Schüler und Lehrer. Das ambitionierte Vorhaben entsteht auf Initiative der Christian-von-Bomhard-Schule mit Fördermitteln der Bayerischen Sparkassenstiftung und der Sparkasse Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim.

Obwohl die Einweihung des neuen Bomhard-Atriums noch bevorsteht, strahlt bereits jetzt die Bomhard-Kunst-Performance-Galerie überregional aus. Kunst wird hier zum integralen Bestandteil von Schule, und Schule entfaltet sich im Rahmen von Kunst.

Im pädagogischen Konzept der Christian-von-Bomhard-Schule in Uffenheim stehen ästhetische Bildungsziele gleichberechtigt neben kognitiven und ethischen Bildungszielen. Der Bereich des Ästhetischen umfasst hierbei die Medien der Musik, der Körperbildung und des Tanzes, des Films und ebenso der bildenden Kunst. Diese Bereiche werden in dieser Schule unmittelbar aufeinander bezogen und in einem performanzenorientierten Kunstbegriff miteinander verbunden. Die Kunst-Performance-Galerie bietet hier hervorragende Möglichkeiten, Kunst praktisch zu erleben und von ihr inspiriert zu werden. Innerhalb eines Projektseminars haben Lehrer und Schüler in den letzten

beiden Schuljahren einen Kunstverein gegründet, der eine eigene Kunstsammlung aufbaut und Kunst in der Schule präsentiert. Von diesem Projekt sollen aber nicht nur die Uffenheimer Schüler profitieren. Vielmehr soll die Initiative allen Schülern Bayerns die Möglichkeit zum Austausch und zur Mitarbeit eröffnen.

Ein sehr wichtiges Element des Konzepts ist daher der Kontakt zu anderen Schulen, die im Bereich Kunst und Kultur profiliert sind. Für ein solches Schul-Kunst-Netzwerk gibt es bereits erste Ansätze (z. B. das sich in Gründung befindliche Gymnasium Wendelstein). Im Rahmen der Arbeit des Kunstvereins ist ebenso die Einrichtung einer Artothek geplant, die nicht nur im regionalen Rahmen genutzt werden kann. Das schier unerschöpfliche Angebot des Internets ermöglicht darüber hinaus dem Nutzer einen spontanen und zeitgleichen Zugriff auf verschiedenste Informationen und Datenbanken. □

BayernLabo auf der Kommunale:

Attraktive Förderprogramme

Besuch von Staatsminister Herrmann
Neuaufgabe des Investitionspakts gefordert

Gemeinsam mit der Geschäftsleitung der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt (BayernLabo) hat Innenminister Joachim Herrmann bei der Kommunale 2011 in Nürnberg über das Förderprogramm „Energiekredit Kommunal Bayern“ für die energetische Sanierung kommunaler Gebäude und weitere attraktive Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten der BayernLabo für Kommunen informiert.

Wie der Kommunal- und Bau-minister darlegte, beträgt der Anteil der Gebäude am Gesamtenergieverbrauch in Deutschland 37 Prozent. Um den Energieverbrauch wirkungsvoll zu reduzieren, müssten daher vor allem die Energiesparpotentiale von Gebäuden genutzt und die Energieeffizienz der Gebäudetechnik gesteigert werden. Das gelte auch für kommunale Gebäude. Herrmann: „Den Aufbruch in ein neues Energiezeitalter kann die Labo allein mit ihren Darlehensprogrammen für Kommunen nicht stemmen. Dazu ist der Sanierungsbedarf zu groß. Ich fordere daher vom Bund eine Neuaufgabe des Investitionspakts nach dem Vorbild der früheren Programme mit mindestens 200 Millionen Euro im Jahr.“

Kommunale Haushalte profitieren

In ihrem Energiekonzept vom 24. Mai dieses Jahres hat sich die Staatsregierung dafür ausgesprochen, dass der äußerst erfolgreiche „Investitionspakt Bund-Länder-Kommunen zur energetischen Sanierung sozialer Infrastruktur“ fortgesetzt werden soll. Laut Herrmann „könnten wir mit der Fortführung des Investitionspakts an die bereits erzielten Erfolge anknüpfen und auch weiterhin zur Verbesserung des Kli-

maschutzes und zur Steigerung der Energieeffizienz beitragen“. Die Einsparungen beim Energiebedarf der kommunalen Gebäude kämen der Umwelt und gleichermaßen den kommunalen Haushalten zugute. Nach dem Auslaufen des Konjunkturpakets II würden auch das heimische Handwerk und die mittelständische Wirtschaft durch den Investitionspakt wieder wichtige zusätzliche Impulse erhalten.

Gemeinsames Handeln

Der Aufbruch in ein neues Energiezeitalter werde aber nur dann erfolgreich sein, wenn Staat, Kommunen und Bürger gemeinsam handeln. Herrmann: „Ich freue mich daher sehr, dass die BayernLabo die Kommunen aus eigenen Mitteln kräftig unterstützt“.

Im Programm „Energiekredit Kommunal Bayern“ beträgt der Zinssatz derzeit null Prozent pro Jahr und ist für zehn Jahre festgeschrieben, unabhängig davon, ob die Kommune eine Laufzeit von 20 oder 30 Jahren wählt. Weitere kommunale Förderprogramme der BayernLabo wie der „Investkredit Kommunal Bayern“ und der traditionelle Kommunalkredit können ergänzend für Investitionen im Zusammenhang mit dem Aufbruch in ein neues Energiezeitalter zum Einsatz kommen.



BayernLB und Sparkassenverband Bayern:

Erfolgreicher Messeauftritt

Viele Sparkassen nahmen das Angebot der BayernLB und des SVB an, mit Ihren Vorständen, die kommunalen Entscheidungsträger ihres Geschäftsgebietes (u. a. Landräte, Bürgermeister und Kämmerer) am Gemeinschaftsstand bei der Kommunale 2011 in Nürnberg zu empfangen. Zu den hochrangigen Besuchern zählten dabei der Bayerische Staatsminister des Inneren, Joachim Herrmann und der Bayerische Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, Martin Zeil.

Die aktuellen Themen - u. a. Energiewende Bayern, Kommunale Verschuldungsdiagnose und Bürgerbeteiligungsmodelle - sorgten für großen Zulauf und für ein reges Interesse am Gemeinschaftsstand des SVB und der BayernLB. Die Experten der BayernLB, der Sparkassen und weitere Ansprechpartner der S-Finanzgruppe von BayernFM, BayernGrund, DKB, DKC und LBS standen den zahlreich geladenen Gästen und Besuchern Rede und Antwort. Die teilweise sehr intensiven Gespräche wurden auch genutzt, um sich mit Fachleuten und Kollegen auszutauschen und sich über die neuesten Entwicklungen zu informieren. Die Kommunale ist die Kommunikations- und Informationsplattform für kommunale Führungskräfte und gilt als größte Fachmesse für Kommunalbedarf ihrer Art.

Das Standkonzept und der intensive Kontakt erhielten äußerst positives Feedback von Seiten der Kunden, vom Bayerischen Gemeindetag (Messeveranstalter), den Vorständen sowie Mitarbeitern der S-Finanzgruppe.

Unse Bild zeigt von links: Andrea Bastian, SVB-Referentin Kommunkunden, Kommunalminister Joachim Herrmann, BayernLB-Direktorin Tanja Mönkhoff, BayernLB-Direktor Andreas Seidl sowie Josef Mend, Erster Vizepräsident des Bayerischen Gemeindetags. □

Energetische Sanierung

Außerdem fördert die Labo die energetische Sanierung von Mietwohngebäuden und stationären Altenpflegeeinrichtungen. Sie bietet im Bayerischen Modernisierungsprogramm auf Basis des KfW-Förderprogramms „Energieeffizient Sanieren“ Förderdarlehen zu einem Zinssatz von derzeit 0,15 Prozent für zehn Jahre fest an, wenn die Vorgaben der Energieeinsparverordnung übertroffen werden. Werden sie nur eingehalten, beträgt der Förderzins immer noch sehr günstige 1,75 Prozent für die ersten zehn Jahre.

„CO2-Maus – Wir retten unsere Umwelt“

Klima-Initiative an Schulen fördert Umweltbewusstsein von bayerischen Schülern

München/Straubing. Im Rahmen einer landesweiten Gemeinschaftsinitiative zum Klimaschutz „CO2-Maus – Wir retten unsere Umwelt“ wurden sechs bayerische Schulklassen im Straubinger Rathaus für ihr umweltbewusstes Verhalten ausgezeichnet. Insgesamt stellten sich bayernweit über 5.000 Schülerinnen und Schüler aus 540 Schulklassen dem Wettbewerb, welche Klasse die größte Menge CO2 einspart. Organisiert und getragen wird das Schulprojekt vom Kultusministerium, vom Umweltministerium und der Versicherungskammer Bayern.

„Ich bin sehr beeindruckt vom Engagement unserer bayerischen Schülerinnen und Schüler zum Schutz des Klimas. Die Schüler der teilnehmenden Klassen haben im Frühjahr 2011 rund 10.000 Tonnen CO2 eingespart – das entspricht dem durchschnittlichen Jahresverbrauch von 1.000 Deutschen“, lobte Kultusstaatssekretär Kreuzer das Ausmaß des Umweltschutzprojekts anlässlich der Verleihung. „Die jungen Menschen haben gezeigt, dass sie sich für die Zukunft unseres Planeten interessieren, verantwortungsbewusst handeln und ihre Alltagsgewohnheiten bewusst verändern“, ergänzte Thomas Kreuzer anerkennend. So haben die teilnehmenden Schüler zu Hause Strom und Warmwasser gespart, sind mit dem Fahrrad in die Schule gefahren oder haben ihre Eltern überredet, anstelle einer Flugreise in ein fernes Land einen Familienurlaub mit Nahziel zu planen.

Vorbildlicher Einsatz

„Es ist beeindruckend, mit welchem vorbildlichem Engagement sich die Schülerinnen und Schüler für die Zukunft ihrer Heimat einsetzen“, betonte Umweltstaatssekretärin Melanie Huml. Die Auszeichnung soll für die Kinder und Jugendliche Motivation sein, sich auch in Zukunft für den Umweltschutz zu engagieren. Gleichzeitig sollen die Schülerinnen und Schüler Vorbild für andere sein. Huml: „Umweltschutz ist kein Beitrag Einzelner, Umweltschutz geht uns alle an und ganz wichtig: Für Umweltschutz gibt es kein Mindestalter.“

Rainer Fürhaupter, Vorstandsmitglied der Versicherungskammer Bayern, unterstreicht: „Es ist ausgesprochen wichtig, das Thema Klimawandel in unsere Bildungseinrichtungen zu tragen und als festen Unterrichtsbestandteil zu verankern.“

Mit großem Erfolg ist die „CO2-Maus“ in Bayern durchgestartet. Seit Beginn der Aktion im Januar 2009 haben sich mehr als 35.000 Jugendliche und ihre Eltern an dem Projekt beteiligt. Jeder Schüler erhält nach der Anmeldung durch die Lehrkraft unter www.co2maus.de eine eigene digitale CO2-Maus, die den Jugendlichen zeigt, wo sie zu Hause En-

Wie Gerhard Flaig, Sprecher der Geschäftsleitung der BayernLabo, erläuterte, stellt das Unternehmen den bayerischen Kommunen aktuell Kommunalkredite im Umfang von rund 4,2 Mrd. Euro zur Verfügung. Dies stelle auf Basis der Verschuldungszahlen 2009 einen Anteil an der Verschuldung der Gebietskörperschaften und öffentlich-rechtlichen Zweckverbände in Bayern von rund 23 Prozent dar.

„Energiekredit Kommunal Bayern“

Im Förderprogramm „Energiekredit Kommunal Bayern“, den die BayernLabo mit Unterstützung der KfW ausreicht, konnte laut Flaig seit Auflegung des Programms im April bis heute in über 50 Fällen ein Finanzierungsvolumen von insgesamt über 30 Mio. Euro zugesagt werden. Die damit angestrebten Investitionen beliefen sich auf



Am Messestand der BayernLabo. Von links: Gerhard Flaig, Sprecher der Geschäftsleitung der BayernLabo, Kommunalminister Joachim Herrmann und Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl. □

knapp 90 Mio. Euro. „Besonders freut uns, dass Kreditnehmer insbesondere auch kleinere Gemeinden sind, verteilt über den ganzen Freistaat“, so der Unternehmenssprecher.

Erweitertes Angebot

Flaig wies zudem darauf hin, dass der „Energiekredit Kommunal Bayern“, der ursprünglich auf die energetische Sanierung von öffentlichen Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen beschränkt war, seit dem 1. Oktober für alle Nicht-Wohngebäude der allgemeinen kommunalen und sozialen Infrastruktur geöffnet ist. Kreditnehmer könnten - wie allgemein im Kommunalkreditangebot der BayernLabo - nur sein: Gebietskörperschaften, öffentlich-rechtliche Zweckverbände sowie deren rechtlich unselbstständige Eigenbetriebe. Umfasst seien damit auch die Schulverbände nach dem Bayerischen Schulfinanzierungsgesetz. Die Förderintensität des Programms sei davon abhängig, welcher energetische Standard mit der Sanierung erreicht wird.

Maus ist eine tolle Seite. Und ich habe vieles gelernt und geändert. Ich wusste nicht, dass wir so viel CO2 ausstoßen. Danke, dass ihr diese Seite erstellt habt und wir dadurch lernen konnten!“

Die landesweite Klima-Initiative steht unter der Schirmherrschaft des Bayerischen Kultusministers Dr. Ludwig Spaenle und des bayerischen Umweltministers Dr. Markus Söder und wird seitdem auch von der Versicherungskammer Bayern unterstützt. 2009 wurde sie mit dem Deutschen Klimapreis ausgezeichnet.

Der CO2-Zähler bewegt sich weiter. Derzeit steht er bei 30.000 Tonnen CO2 (CO2-Einsparung seit Beginn der Aktion). Die Aktion läuft bereits in Baden-Württemberg, Bayern und Hamburg. Sie soll auch auf die anderen Bundesländer ausgeweitet werden. □

Die größte Finanzierungsmöglichkeit in Höhe von bis zu 600 Euro pro qm Nettogrundfläche besteht Flaig zufolge dann, wenn sich die Kommune entschließt, den Standard der Energieeinsparverordnung 2009 noch um 15 Prozent zu unterbieten (KfW-Haus 85). Das zweitgrößte Finanzierungsfenster von bis zu 350 Euro qm Nettogrundfläche steht dann offen, wenn für die gesamte Gebäudehülle die Anforderungen der Energieeinsparverordnung 2009 erreicht werden (KfW-Haus 100). Entschließt sich die Kommune zur Realisierung von durch einen Energieberater empfohlenen Einzelmaßnahmen, so besteht immer noch eine Finanzierungsmöglichkeit von 50 Euro qm Nettogrundfläche für jede Einzelmaßnahme und für alle Einzelmaßnahmen zusammengekommen von 300 Euro qm Nettogrundfläche.

Attraktive Konditionen

„Somit können je nach den technischen Möglichkeiten, dem energetischen Ehrgeiz und den finanziellen Möglichkeiten der Kommune gestaffelt sehr attraktive Konditionen angeboten werden“, machte Flaig deutlich und ergänzte: „Neben einem Energieberater gemäß Energieeinsparverordnung kann übrigens die notwendige Bestätigung der technischen Mindestanforderungen der KfW bei Kommunen ohne weiteren Kostenaufwand auch vom zuständigen Bauamt ausgestellt werden.“

„Da das Förderkontingent begrenzt ist, sollten sich interessierte Kommunen möglichst zeitnah an unsere kommunalen Finanzierungsspezialisten wenden“, betonte der Sprecher. Dies auch mit Blick auf den aktuellen Nullzins: „Wir können den Energiekredit in einem sehr schlanken Bewilligungsverfahren abwickeln. Sofern die relevanten Unterlagen vollständig vorliegen, sind wir in der Lage, innerhalb von ein bis zwei Tagen eine Finanzierungszusage zu erteilen.“ DK

Deka Kommunal Consult GmbH. Kommunen – fit für die Zukunft!

Praxisnahe Kommunalberatung – Ein Mehrwert für Kommunen und Sparkassen.

- Investitionen wirtschaftlich realisieren.
- Immobilien effizient managen.
- Haushalts- und Finanzwirtschaft modernisieren.
- Den „Konzern Kommune“ für den Wettbewerb stärken.
- Krankenhäuser strategisch entwickeln.
- Verwaltung bedarfsgerecht organisieren.

Sprechen Sie uns an:

DKC Deka Kommunal Consult GmbH

Hans-Böckler-Straße 33, 40476 Düsseldorf

Telefon: (0211) 88288 – 811, Telefax: (0211) 88288 – 781

E-Mail: dkc@deka.de, Internet: www.dekak.de

DKC

Finanzgruppe

Erstes Schlacken-Symposium in Meitingen:

Neue Verfahren und Anwendungen

Mit so viel Resonanz hatte der Initiator des ersten Schlacken-Symposiums in Meitingen, Dr. Michael Heuß, Geschäftsführer der Lech-Stahlwerke GmbH nicht gerechnet. Über 160 Teilnehmer haben an der von dem renommierten TK-Verlag Karl J. Thomé-Kozmiensky aus Neuruppin veranstalteten Fachtagung im SGL Group-Forum teilgenommen. „Alle wichtigen Stahlhersteller aus Deutschland und Österreich sowie wichtige Vertreter aus der Bau- und Recyclingwirtschaft waren vertreten. Leider fehlten doch einige der explizit eingeladenen Vertreter der Bürgerinitiativen und Behörden.“ so Dr. Heuß über die Teilnehmerstruktur der Tagung.

Als die Idee entstand, haben sich spontan viele Referenten für das Symposium gefunden. Die wissenschaftliche Leitung dieser Tagung übernahmen Prof. Dr. Dr. h. c. Karl J. Thomé-Kozmiensky, TU Berlin, der seit mehr als 30 Jahren die renommierten Berliner Abfallwirtschaftskonferenzen durchführt und Prof. Dr. Martin Faulstich, TU München, der zugleich Vorsitzender des Sachverständigenrates für Umweltfragen ist.

Der Bayerische Staats- und Wirtschaftsminister Martin Zeil übernahm die Schirmherrschaft, nachdem er bereits die Wichtigkeit der Rohstoffversorgung Bayerns beim diesjährigen Rohstoffgipfel zum Ausdruck brachte. „Wir werden eine Rohstoffwende ähnlich wie eine Energiewende brauchen. Es ist Wahnsinn, was wir an Rohstoffen verschwenden“, sagte Umweltminister Dr. Markus Söder anlässlich des Bayerischen Rohstoffgipfels im Juli dieses Jahres.

Lech-Stahlwerke

Genau an diesem Punkt wollen die Lech-Stahlwerke beispielhaft für die deutsche Stahlindustrie aktiv werden und neue Wege aufzeigen. Das einzige Stahlwerk Bayerns hat seit Bestehen bereits über 26 Mio. Tonnen Stahl recycelt. Bei der Stahlherstellung entstehen Schlacken als Nebenprodukte, die zukünftig eine bedeutende Rolle auf dem Weg zu einer vollständigen Kreislaufwirtschaft spielen werden. „Stahl ist aus unserer Gesellschaft nicht mehr wegzudenken. Wachstum, Innovation wie auch Klimaschutz basieren auf Stahl. Aber: Ohne Schlacken kein Stahl!“ bringt Dr. Heuß die einfache Formel der Stahlproduktion auf den Punkt. Bislang fristen die Metallurgieschlacken eher ein Schattendasein.

Die Elektrofondschlacke wurde in Bayern sogar zum Problem gemacht, nachdem sich rund um das Stahlwerk Bürgerinitiativen formierten. Aber genau diese folgten der Einladung nicht, was die Veranstalter wie auch Dipl.-Ing. Georg Geißler, Geschäftsführer der

Max Aicher Environment, verwunderte: „Wir arbeiten ständig an neuen Verfahren und Anwendungsmöglichkeiten für die Schlacken. Dabei sind uns die Nachhaltigkeit des Rohstoffs und seine Umweltverträglichkeit die wichtigsten Aspekte.“ Die Max Aicher Environment ist einer der Aufbereiter und Verwerter von Elektrofondschlacken in Deutschland und bietet ihren Kunden unterschiedliche Recyclingbaustoffe an, die beispielsweise in Bauprojekten eingesetzt werden. Zukünftig sieht Prof. Dr. Armin Reller vom Lehrstuhl für Ressourcenstrategie an der Uni Augsburg noch andere Verwendungsmöglichkeiten für die Schlacken. In seinem Vortrag über die Rückgewinnung von Rohstoffen aus Schlacken zeigte er auf, wie viel Rohstoffe noch in Schlacken stecken, die für eine Kreislaufwirtschaft nutzbar gemacht werden können.

Ökologische Aspekte

Ein weiterer Schwerpunkt bildeten die ökologischen Aspekte, die u.a. von Frau Prof. Dr. Heidi Foth, Mitglied des Sachverständigenrats für Umweltfragen am Institut für Umwelttoxikologie der Uni Halle, beleuchtet wurden. Dies war den Veranstaltern zur Aufklärung der Öffentlichkeit ein besonderes Anliegen.

In ihrem Vortrag erläuterte Prof. Dr. Foth dem Auditorium, wie an ihrem Institut gearbeitet wird und welche Herangehensweise der Humantoxikologe bei der Bewertung von Stoffen anwendet. Nach umfangreichen Untersuchungen wird der Schlacke bescheinigt, dass sie untoxisch, nicht ätzend und allenfalls mechanisch reizbar sein kann, was jeder Naturstein im Übrigen auch ist.

Dr. Motz vom FEHS kompletierte dies noch mit den Ergebnissen weiterer Untersuchungen, wonach die Schlacke auch dermatologisch gut verträglich ist. Ein besonderes Anliegen vieler Teilnehmer ist die praxisgerechte Auslegung der geplanten Ersatzbaustoffverordnung, die derzeit

noch keinen akzeptablen Stand erreicht hat. Dem pflichtete auch Frau Dr. Christel Wies vom Ministerium für Umwelt und Naturschutz in NRW in ihrem Vortrag bei. Die derzeit eher kontroversen Bemühungen auf der politischen Ebene, einerseits weniger natürliche Ressourcen zu verwenden und verstärkt auf die Kreislaufwirtschaft zu setzen und andererseits gesetzliche Regelungen dafür zu schaffen, benötigen eine weitere Abstimmung. Hier scheint die Industrie in Praxis schon weiter zu sein als die Politik, wie sich in den Vorträgen immer wieder zeigte.

Dr. Jörg Demmich von der Knauf Gips KG gab in seinem Vortrag einen guten Überblick über den aktuellen Stand der geplanten Verordnung und stellte die wesentlichen Punkte vor, die noch dringend überarbeitet werden müssen.

Schildbürgerstreich

Ein Punkt daraus kommt einem Schildbürgerstreich gleich. So fordert der aktuelle Stand, dass mineralische Sickerwasser sauberer als das Grundwasser sein müssen. Da wird man schnell zum Umweltsünder, wenn man den Inhalt einer Mineralwasserflasche in der freien Natur verschüttet. Daher erläuterte Rechtsanwältin Prof. Dr. Andreas Versteil die haftungs-

rechtlichen Aspekte für Erzeuger und Verwerter und wie Stahlwerksschlacken rechtssicher in Baumaßnahmen verwertet werden können.

So drehte sich auch die abschließende Podiumsdiskussion um ökologische Aspekte. Dipl.-Ing. Georg Geißler vermisste hier allerdings neben den Lokalpolitikern aus Meitingen weitere politische Vertreter aus dem Landkreis und aus Bayern sowie Vertreter der Bürgerinitiativen und Umweltschutzverbände: „Wir haben beispielsweise den Bund für Naturschutz, Vertreter aus der Politik und den Bürgerinitiativen eingeladen, sich an der Diskussion zu beteiligen. Die Podiumsdiskussion wäre sicherlich ein guter Rahmen für einen konstruktiven Dialog gewesen. Unverständlicher Weise wurde hiervon kein Gebrauch gemacht.“

Bereichernde Vorträge

Die aus dem gesamten Bundesgebiet und den Nachbarländern angereisten Teilnehmer empfanden die Veranstaltung als gelungen und bewerteten die Fachvorträge als Bereicherung für ihre eigene Arbeit. „Das Symposium gibt einen hervorragenden Überblick über die vorhandenen Potentiale der Schlackenverwertung und deren Beitrag zur Ressourceneffizienz“, so Dr. Rolf Ostertag, stellvertretender Institutsleiter am Fraunhofer-Institut ISC in Würzburg. Resümierend stellten die Teilnehmer fest, dass es noch viel zu tun gibt, um die Öffentlichkeit und die Politik gleichermaßen aufzuklären und sich eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft entwickeln kann.

BDEW zur aktuellen Diskussion über Wasserpreise:

Reiner Preisvergleich führt in die Irre

„Die Wasserpreise in Deutschland sind unterschiedlich hoch, da es die Wasserversorger mit regional sehr verschiedenen Strukturen zu tun haben, die nicht oder nur teilweise beeinflussbar sind. Dabei geht es um eine Vielzahl höchst unterschiedlicher Bedingungen bei der Wassergewinnung, der Wasseraufbereitung und der Verteilung an die Kunden über ihre Leitungsnetze. Hinzu kommen unterschiedliche regionale Umweltauflagen, die die Versorger erfüllen. Folge dieser sehr verschiedenen Strukturen vor Ort sind unterschiedliche Kosten, die wiederum zu deutlichen und gerechtfertigten Preisunterschieden führen können“, sagte Martin Weyand, Hauptgeschäftsführer Wasser/Abwasser des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), in Berlin anlässlich der

aktuellen Berichterstattung über die Wasserpreise in Deutschland. Ein reiner Preisvergleich, der diese Faktoren nicht berücksichtigt, führe daher in die Irre, so Weyand.

„Die Wasserversorgung ist heute untrennbar mit dem Gewässerschutz verbunden. Es müssen wichtige ökologische Aspekte berücksichtigt werden, die Versorgung muss in den Naturhaushalt eingebettet sein. Das darf in der Debatte nicht einfach ausgeblendet werden“, führte Weyand weiter aus. Das Wasserhaushaltsgesetz schreibt eine ortsnahe Wasserversorgung vor. Damit sollen der Wassergebrauch und die natürliche Regenerationsfähigkeit des Ökosystems vor Ort miteinander in Einklang gebracht werden. So werde nachhaltig die Wasserversorgung auch für kommende Generationen gesichert. „Dies sind wichtige Aspekte, die die Wasserversorgung von anderen Branchen unterscheidet“, erklärte Weyand.

Zentrale Fragen

Hinsichtlich der konkreten strukturellen Unterschiede zwischen Wasserversorgern gehe es unter anderem um folgende Fragen: Welche Mehrausgaben entstehen aus der Verwendung von Oberflächenwasser, oberflächennahem Grundwasser oder Tiefengrundwasser? Welche Mehrausgaben entstehen durch Fremdbezug? Welche Auswirkungen haben naturnahe oder weitergehende Aufbereitungsverfahren auf die Ausgaben der Kunden? Wie viel kostet durchschnittlich die Verlegung von Netzen in felsigen oder fließenden Bodenarten mehr als in Kies, Sand oder Ton? Wie beeinflussen die Siedlungstypen die Ausgaben pro Kopf? Und schließlich: Welche zusätzlichen freiwilligen Leistungen erbringt das Wasserversorgungsunternehmen? Was sind die Kosten für die Kunden? □



Bei der abschließenden Podiumsdiskussion im Rahmen des Schlacken-Symposiums in Meitingen standen Prof. Dr. Martin Faulstich, Prof. Dr. Heidi Foth, Rechtsanwältin Prof. Dr. Andrea Versteil, Dr. Christel Wies und Dr. Heribert Motz dem Auditorium Rede und Antwort.

Höchster ökologischer Standard

Bamberger OB Starke freut sich auf neues Familien- und Sportbad „Bambados“

Pünktlich wie versprochen wird am 25. November das neue Bamberger Familien- und Sportbad „Bambados“ eröffnet. „Die Bauarbeiten liegen voll im Plan“, freut sich der Aufsichtsratsvorsitzende der Stadtwerke Bamberg, Oberbürgermeister Andreas Starke.

„Unser Anspruch ist es, zu den familienfreundlichsten Schwimmbädern Bayerns zu zählen“, betont Stadtwerke-Geschäftsführer Klaus Rubach, der neben den familienfreundlichen Eintrittspreisen auch die Bedeutsamkeit einer entsprechenden Infrastruktur im und am Bad sowie die besonders familienfreundliche Angebotspalette innerhalb des Bambados hervorhebt.

Familienfreundlichkeit

Schon die Planungen des Hallenbads seien konsequent an den Bedürfnissen von Familien ausgerichtet worden, so Rubach: von einer optimalen ÖPNV-Anbindung mit enger Taktfrequenz und familienfreundlicher und behindertengerechter Bushaltestelle direkt vor dem Eingang über die 400 für Badbesucher kostenlosen Parkplätze bis hin zur Barrierefreiheit im Bad für behinderte Gäste. Eltern können sich auf spezielle, große Umkleidekabinen freuen, eine Babydusche nutzen und extra breite Kleiderspinde erwarten. Es gibt behindertengerechte Umkleidekabinen und Toiletten sowie Duschrollstühle für die Nassbereiche.

Beim Bau des Familien- und Sportbads Bambados haben die Stadtwerke Bamberg einen wichtigen Meilenstein erreicht: Zum Abschluss der Hochbauarbeiten hatte das Darmstädter Passivhaus-Institut dem Bambados beim „Blower Door Test“ eine luftdichte Gebäudehülle bescheinigt. Damit sind die Stadtwerke Bamberg ihrem Ziel einen wesentlichen Schritt näher, das Bambados als erstes „Passivhaus-Hallenbad“ in Europa zu eröffnen.

Blower-Door-Test

Bei dem Blower-Door-Test wird mit großen Ventilatoren Luft in das Gebäude gepresst und gemessen, wie sich nach Abschaltung der Ventilatoren der Luftdruck in dem Gebäude verändert. „Sinkt er übermäßig wieder ab, ist das Gebäude nicht luftdicht“, erklärt Projektleiter Christoph Jeromin. Anders beim Bambados: Hier hat der zertifizierte Prüfer vom Darmstädter Passivhaus-Institut eine Luftwechselsrate bescheinigt, die weit unter der Hälfte der strengen Passivhaus-Vorgaben und mehr als 95 Prozent unter den Vorgaben der Energieeinsparverordnung (EnEV 2007) für Neubauten liegt.

In Verbindung mit der starken Gebäudedämmung ist die luftdichte Gebäudehülle des Bambados dafür verantwortlich, dass möglichst wenig Energie aus dem Gebäude nach außen dringt. Dieses ist eine wesentliche Voraussetzung, um die geplante Energieeffizienz des Bambados zu erreichen: „Unser Ziel ist es, nur ein Fünftel der Kohlendioxidemissionen auszustößen, die nach der Energieeinsparverordnung erlaubt wären“, sagt Jeromin. Für diese vorbildliche Gebäudeplanung sind die Stadtwerke Bamberg bereits 2009 von der Forschungsinitiative „Energieoptimiertes Bauen“ (EnOB) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) ausgezeichnet worden.

Fokus auf regenerative Energien

Das europaweit einmalige Hallenbad auf höchstem ökologischem Standard ist nur eines von vielen Projekten, mit denen sich die Stadtwerke aktiv für den Umwelt- und Klimaschutz in der Region einsetzen. „Für uns hat oberste Priorität, dass Energie erst gar nicht verbraucht wird“, unterstreicht Klaus Rubach. In einem zweiten Schritt sei es wichtig, Energie sicher und ressourcenschonend zu gewinnen. Deshalb setzten die Stadtwerke Bamberg auch beim Bambados auf regenerative Energien und generierten zwei Drittel der benötigten Energie (Strom und Wärme) aus nachwachsenden Rohstoffen.

Notwendiger Standortvorteil

„Das Hallenbad ist kein Luxus für Bamberg“, stellt OB Starke fest, „sondern ein elementar notwendiger Standortvorteil.“ Noch bestehe eine drastische Unterversorgung an Wasserfläche für den Schulsport und die Bedürfnisse der Vereine und der Universität. Auf jeden Einwohner Bambergs kämen nur 0,006 Quadratmeter Wasserfläche. Damit sei Bamberg beinahe Schlusslicht in der Bundesrepublik, betont Starke. Sporttreibende Vereine hätten im Winter zum Training bis nach Würzburg und weiter fahren müssen – „ein unhaltbarer Zustand“, wie Starke bemerkt. Durch den Hallenbadneubau werde der Bedarf zumindest annähernd gedeckt. Am alten Hallenbad sei kein Platz für die Erweiterung der Sportflächen gewesen. **DK**



DIRINGER & SCHEIDEL
ROHRSANIERUNG

Wilhelm-Wundt-Straße 19 · 68199 Mannheim
Tel.: 0621 8607440 · Fax: 0621 8607449
zentrale.rohrs@nus.de
www.dus-rohrs@nus.de

Mobile Fabrik: DS EpoxyLiner maßgefertigt.

Ohne Experten wird es teuer

Qualitätssicherung beginnt bei der Auswahl des Planers

„Entwässerungssysteme sind langfristig nutzbare Einrichtungen, ohne die eine zivilisierte Gesellschaft aus hygienetechnischen und umweltrelevanten Gründen nicht existieren kann. Die Erhaltung dieser Werte im sozialen wie im monetären Sinn ist heute mehr denn je erforderlich“, diese Meinung vertritt Dipl.-Ing. (FH) Markus Vogel, Inhaber des Ingenieurbüros Vogel Ingenieure aus dem baden-württembergischen Kappelrodeck. Mit seiner Meinung steht der beratende Ingenieur, der sich mit seinen Mitarbeitern auf den Bereich der Kanalsanierung spezialisiert hat, nicht alleine. Mittlerweile ist auch in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt, dass die Entwässerungsanlagen zu den wertvollsten Einrichtungen von Städten und Gemeinden gehören.

„Sie unterliegen einer steten Abnutzung und Alterung“, so Vogel. „Deshalb trägt die Instandhaltung neben der Sicherstellung der wasserwirtschaftlichen Gesichtspunkte zur Erhaltung der vorhandenen Vermögenswerte bei.“ Es gilt, diese Systeme durch gezielte, intelligente Sanierungsmaßnahmen in ihrer Funktion zu erhalten. Auch, um Gebührengelder sinnvoll und zukunftsorientiert einzusetzen. An den Kanalbau werden aus diesem Grund besondere Ansprüche gestellt. Zum Beispiel hinsichtlich einer konsequenten Qualitätssicherung von der Kanaluntersuchung über die Ausschreibung bis zur Ausführung.

Gütezeichen S

Die Qualität bei einigen Sanierungsverfahren wird in wesentlichem Maße erst auf der Baustelle erzeugt; deshalb ist es notwendig, Rahmenbedingungen zu definieren, die helfen, das gewünschte und seitens des Auftraggebers bestellte Qualitätsniveau verlässlich zu erreichen. Ausführende Unternehmen belegen ihre Qualifikation im Bereich der Kanalsanierung mit dem Gütezeichen S (Sanierung). Firmen, die diesen Nachweis führen, erfüllen die von Auftraggebern gestellten Anforderungen an Material, Verfahren, Ausführung und Eigenüberwachung in Übereinstimmung mit den aktuellen Regelwerken.

Allerdings ist Qualifikation und Fachwissen auch auf Auftraggeberseite gefragt. Die Qualitätssicherung beginnt mit der Auswahl des Planers. Er ist es, der dafür Sorge zu tragen hat, dass die richtigen Techniken vor Ort zur Schadensbehebung eingesetzt werden. Das Thema Kanalsanierung erfordert erfahrene Fachleute in der Planung, Ausschreibung und Bauüberwachung. Die Praxis zeigt, dass es hier nicht immer rund läuft. Unvollständige Planungsfestlegungen und Ausschreibungsunterlagen führen oft zu Sanierungsergebnissen, welche die gestellten Anforderungen nicht erfüllen. Ursache sind fehlende Fachkenntnisse bzw. Erfahrungen oder die zu oberflächliche Projektbearbeitung. Die Folge sind unwirtschaftliche Sanierungen, die sich situationsbedingt regelmäßig erst viele Jahre später als solche herausstellen.

Die Gründe für diese Entwicklung liegen für Markus Vogel auf der Hand: „Eine zu geringe Personaldecke und Personalabbau in den Tiefbauämtern bedeuten in der Regel, dass wichtige Aufgaben ganz einfach zeitlich und organisatorisch nicht mehr erfüllt werden können. Zudem ist diese Entwicklung meist mit dem Verlust von Kompetenz verbunden. Unter dieser Situation leidet die Zielorientierung bei der Planerauswahl, eine Kontrolle der Ingenieurleistungen findet praktisch nicht statt.“ Bei der Planerauswahl sind so genannte Allrounder mittlerweile nicht mehr zwangsläufig die erste Wahl. „Die modernen Sanierungstechniken, die sich in den

letzten 20 Jahren entwickelt haben, tragen dazu bei, dass die Lebenszeit von Abwasserleitungen und -kanälen deutlich verlängert werden kann. Der zielgerichtete und lösungsorientierte Einsatz der vielfältigen modernen Materialien und Verfahren erfordert jedoch ein gehöriges Maß an Spezialwissen. Deshalb ist derjenige, der von sehr vielem nur etwas weiß, schlichtweg überfordert“, so Vogel weiter.

Fachwissen nötig

Für den beratenden Ingenieur verlangt jede Sanierungsmaßnahme nach ganz speziellem Know-how. Auf Seiten von Auftraggebern und Bauüberwachern ebenso wie auf Seiten der ausführenden Unternehmen. Eine Kanalbaumaßnahme kann nur dann gelingen, wenn das nötige Fachwissen vorhanden ist, und wenn Auftraggeber, Ingenieurbüro und Auftragnehmer Hand in Hand zusammenarbeiten. Politik, Wirtschaft sowie Institutionen und Verbände weisen seit vielen Jahren darauf hin, dass der dauerhaften Dichtigkeit von Abwasserleitungen und -kanälen mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden muss. Es liegt im Interesse aller, dass Abwasserleitungen und -kanäle von erfahrenen und zuverlässigen Fachleuten geplant, gebaut oder saniert werden. Aus diesem Grund wurde die Gütesicherung RAL-GZ 961 eingeführt, um eine kontrollierte Selbstverpflichtung der Unternehmen und eine Zuverlässigkeitssteigerung zu erreichen. Im Fokus steht dabei der Zustand unserer Kanalisation. Erfahrung und Zuverlässigkeit sind Grundlagen für Planungs- und Ausführungsqualität und somit für die Langlebigkeit und Wirtschaftlichkeit der Leitungsinfrastruktur.

Gute Erfahrungen

„Mit der Gütesicherung haben wir in den letzten Jahren gute Erfahrungen gemacht“, bestätigt Markus Vogel. Die personelle und fachliche Qualifikation des Bieters ist ein maßgebliches Entscheidungskriterium, die es vor Auftragsvergabe zu hinterfragen und zu prüfen gilt. Für die Prüfung der Bieter stellt die Gütesicherung RAL-GZ 961 ein neutrales Instrument zur Verfügung. In den Güte- und Prüfbestimmungen finden sich detaillierte Anforderungen an die Fachkunde, die technische Leistungsfähigkeit und technische Zuverlässigkeit der Bieter sowie die Dokumentation der Eigenüberwachung. Im Einzelnen betrifft dies Anforderungen an Personal, Betriebseinrichtungen und Geräte, Nachunternehmer und Eigenüberwachung, deren Erfüllung die Bieter mit Angebotsabgabe nachweisen müssen.

Allerdings: Was für die Auftragnehmerseite gilt, sollte auch auf Seiten der Auftraggeber selbstverständlich sein. „Von den ausführenden Unternehmen fordern wir Nachweise zur Qualifikation, deshalb ist es nur konsequent, dass sich auch Ingenieur-



Interne Projekt- und Prozessbesprechung: Gaby Vogel, Dipl.-Ing. (FH) Markus Vogel, Dipl.-Ing. Rico Nock, Dipl.-Ing. (FH) Jens Biegger (v. l.).

Foto: Vogel Ingenieure

büros auf den Prüfstand stellen“, so die Überzeugung von Markus Vogel.

In den letzten Jahren wünschten sich zunehmend mehr Beteiligte einen Beleg für die fachtechnische Eignung von Organisationen, die mit der Ausschreibung und Bauüberwachung von Maßnahmen beauftragt sind. Einen entsprechenden Antrag hat die Mitgliederversammlung der Gütegemeinschaft Kanalbau diskutiert und unterstützt. Konsequenz wurde die Ingenieurleistung im Bereich Ausschreibung (A) und Bauüberwachung (B) bei der grabenlosen Sanierung (S) von Abwasserleitungen und -kanälen 2007 als Beurteilungsgruppe ABS in die Güte- und Prüfbestimmungen aufgenommen. Auftraggeber und Ingenieurbüros dokumentieren damit ihre besondere Erfahrung und Zuverlässigkeit der Organisation und des eingesetzten Personals. Etwa durch entsprechende Referenzen und ein Managementsystem zur Fehlerminimierung. Mit Zeugnissen kann die Qualifikation des eingesetzten Personals nachgewiesen werden. Damit wurde ein Anforderungskatalog geschaffen, der Grundlage ist für zuverlässiges Handeln bei Ausschreibung und Bauüberwachung.

Qualitätssicherung

Für Markus Vogel ein Schritt in die richtige Richtung. „Bereits im Mai 2008 haben wir als eines der ersten Ingenieurbüros in Deutschland ein RAL-Gütezeichen 961 in der Gruppe „Ausschreibung, Bauüberwachung von Sanierungsmaßnahmen an Abwasserleitungen und -kanälen erhalten“, blickt Vogel zurück. Seitdem kommt einmal im Jahr ein von der Gütegemeinschaft Kanalbau beauftragter Prüfingenieur ins Unternehmen, um sich die Erfüllung der Anforderungen bestätigen zu lassen. Im Vorfeld wurden das Büro, dessen Ablauf- und Qualitätssicherungsprozesse sowie die Projektleiter eingehend geprüft. „Das bedeutete für uns keinen großen Aufwand“, so Vogel, der bereits bei der Gründung seines Unternehmens auf einen hohen Qualitätsstandard Wert legte. So nehmen unter anderem von Beginn an Mitarbeiter an der Weiterbildung zum Zertifizierten Kanalsanierungsberater teil. Alle Planer und Bauüberwacher haben diesen Lehrgang erfolgreich absolviert. Die weitergehende regelmäßige Fortbildung der Mitarbeiter hat für Vogel große Bedeutung, um technische Neu- und Weiterentwicklungen von Beginn an einordnen zu können. Von dem Fachwissen und der Zertifizierung mit einem Gütezeichen profitieren alle Beteiligten. „Unsere Arbeit entlastet die Gebührenzahler in Kommunen und die Bilanzen von Unternehmen“, erklärt Vogel, für den die wirtschaftliche Instandhaltung der Infrastruktur eine Daueraufgabe darstellt. „Heute unterlassene Arbeiten führen morgen zu höheren Kosten“, ist Vogel sicher. „Sinnvolle Reinvestitionen in die Entwässerungssysteme

sind Voraussetzung für langfristig stabile Abwassergebühren in den Kommunen.“

Wer Geld sinnvoll ausgibt, der spart

Zertifikate für die Qualifikation von Auftraggebern und Ingenieurbüros einzurichten, entspricht mittlerweile den Wünschen vieler Beteiligter und dem Auftrag der Mitgliederversammlung der Gütegemeinschaft. Diesem Auftrag wurde mit der Einführung der Gütezeichen ABV – Ausschreibung und Bauüberwachung bei der grabenlosen Verlegung und Prüfung von Abwasserleitungen und -kanälen sowie ABAK – Ausschreibung und Bauüberwachung im offenen Kanalbau Rechnung getragen. Auch in diesen Bereichen sind spezielle und vertiefte Kenntnisse bei den Personen erforderlich, die mit der Ausschreibung und Bauüberwachung beauftragt sind. Die bei der Bearbeitung von Ausschreibungen und der Durchführung der Bauüberwachung zu beachtenden Punkte sind für die Beurteilungsgruppen in den entsprechenden „Leitfäden zur Eigenüberwachung“ niedergeschrieben. Sie enthalten Mindestanforderungen an den Umfang der Eigenüberwachung, die sich aus den einschlägigen Normen und Regelwerken ergeben.

Allerdings kann eine wirtschaftliche Sanierung nur durch eine intensive und sachgerechte Planung erreicht werden. „Wer Geld sparen will, muss Geld für eine qualifizierte Sanierungsplanung ausgeben“, lautet dementsprechend das Fazit von Markus Vogel. Die hierdurch entstehenden Kosten sind bereits mit dem Planungsergebnis und der Wirtschaftlichkeit der Sanierungsmaßnahme wieder refinanziert. Nach Auffassung Vogels können selbst bei umfangreichen Schäden durch eine intelligent geplante Sanierung erhebliche Kosteneinsparungen erzielt werden. Weitere Informationen unter: <http://www.kanalbau.com> □

Unterfränkischer Museumstag in Kitzingen:

Archäologie und Museen

Vorrangig mit dem Thema Archäologie und Museen beschäftigte sich der 27. Unterfränkische Museumstag in Kitzingen. Auch in diesem Jahr richteten die Regierung von Unterfranken und der Bezirk Unterfranken in Zusammenarbeit mit der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen (München) den Museumstag aus.

Laut Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, der gemeinsam mit Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel die Veranstaltung eröffnete, stellt die museale Präsentation von Bodenfunden die Museums-macher vor hohe Anforderungen. Häufig stammten diese Funde aus einer Epoche, in der entweder noch keine schriftlichen Aufzeichnungen gefertigt wurden oder aus der sich kein oder kaum Schriftgut erhalten hat.

„Sie erschließen ihre Botschaft häufig nur zusammen mit ihrem Fundkontext und bedürfen einer Interpretation durch die Archäologen“, so Beinhofer. Um diese Zusammenhänge für eine Präsentation in Museen nutzbar zu machen, bedürfe es einer intensiven Kooperation zwischen den beiden Berufsgruppen der Archäologen und der Museums-macher, damit eine Ausstellung entsteht, die dem Besucher mehr zeigt, als nur Vitrinen mit den häufig zitierten „Scherben“. Dabei lebe das Museum ja gerade von der Authentizität seiner Schauobjekte.

„Archäologie-Museen als Vermittler zwischen der Vergangenheit, dem Gewesenen, und der Gegenwart, dem Hier und Heute der Menschen sind mehr als nur Speicher der Vergangenheit“, betonte der Regierungspräsident: Sie seien Orte des Dialogs und der Begegnung. Museen verbänden das Gestein mit dem Morgen. Sie bauten Brücken zur eigenen Geschichte und zu fremden Kulturen, sie bauten Brücken auch zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft, die sich bisher fremd waren.

Die sich dabei aktuell stellenden Herausforderungen habe Wissenschaftsminister Heubisch auf dem diesjährigen Bayerischen Museumstag in Würzburg wie folgt umrissen. „Ein zeitgemäßes Museum zeichnet sich durch seine Offenheit aus. Wir dürfen unsere großartigen Sammlungen nicht nur einem ausgewählten Kreis zugänglich machen. Wir müssen die Tore der Museen weit öffnen und Schwellen abbauen. Ein zeitgemäßes Museum ist alles andere als museal. Es verharnt nicht beim Alten, sondern baut darauf auf. Es bewahrt nicht nur, sondern begeistert uns für das, was es zeigt. Es hilft uns, im Blick

zurück, unsere Sicht auf die Zukunft zu schärfen.“ Diese Offenheit gegenüber dem Publikum muss sich Beinhofer zufolge auch in der Offenheit gegenüber anderen Museen und Sammlungen fortsetzen. „Dies berührt die Frage, wie Museen untereinander zusammenarbeiten können und mit welchen anderen Partnern Museen Netzwerke aufbauen sollten.“

Netzwerkbildung

„Nur dann, wenn sie sich mit größeren Museen zu Netzwerken zusammenschließen und alle Vorteile eines solchen Verbundes nutzen, erzielen sie die erforderliche Präsenz im Bewusstsein der Öffentlichkeit und können so ein wesentlicher Faktor im kulturellen Leben gerade auch des ländlichen Raumes sein“, machte der Regierungspräsident deutlich. In diesem Zusammenhang sei festzustellen: „Kooperation von Museen führt nicht – wie von manchen Kritikern befürchtet – zu einem potentiellen Abwerben von Nutzern oder stärkerer Konkurrenz. Vielmehr belegen Studien, dass Menschen, die das eine Kulturangebot nutzen, auch für weitere Angebote aus der gleichen Region zu interessieren sind. Diese Erkenntnis sollten wir in der staatlichen wie kommunalen Museumsarbeit stärker beherzigen.“

Dr. Albrecht Gribl von der Landesstelle für nichtstaatliche Museen in Bayern sprach anschließend über „Museumsnetzwerke am Beispiel archäologischer Museen“. „Ausgrabungen und Fundverbleib – Beispiele aus Unterfranken“ war das Thema von Dr. Michael Hoppe vom Landesamt für Denkmalpflege. Bei Prof. Dr. Frank Falkenstein von der Uni Würzburg ging es um das Thema „Bullenheimer Berg – Methoden und Ergebnisse der neuen Forschung“ und Kitzingens Museumsleiterin Stephanie Nomayo sprach zum Abschluss der Tagung über Museum, Netzwerk und Universität in Kooperation. Danach widmeten sich die Teilnehmer der im Stadtmuseum laufenden Sonderausstellung über den Bullenheimer Berg. Dieser war auch Ziel einer Exkursion, die Prof. Falkenstein auf dem Berg anbot. **DK**

Güteschutz Kanalbau

Ihr Partner bei der Bewertung der

- Fachkunde
 - technischen Leistungsfähigkeit
 - technischen Zuverlässigkeit
- der ausführenden Unternehmen



Gütesicherung Kanalbau ...



... vorbeugen statt aufgraben

neutral – fair – zuverlässig

Gütesicherung Kanalbau steht für eine objektive Bewertung nach einheitlichem Maßstab

Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961

www.kanalbau.com

Geraten Arbeitslose ins Abseits?

Hartz IV: Reformpläne stoßen beim Landkreis Würzburg auf großen Unmut

Würzburg. Dass künftig deutlich weniger Geld für Langzeitarbeitslose in die Kommunen fließen wird, bereitet dem Landkreis Würzburg große Sorgen. „Zwar hat unser Jobcenter insgesamt weniger Menschen zu betreuen als noch vor zwei Jahren. Doch die Klientel, die jetzt noch betreut werden muss, ist weitaus schwieriger und darum sehr viel kostenintensiver“, erläuterte Eberhard Blenk, Leiter des Beratungs- und Eingliederungszentrums, am Montag im Sozialhilfeausschuss des Landkreises.

Durch die jüngsten Reformpläne der Bundesregierung drohen Langzeitarbeitslose nach Blenks Einschätzung endgültig ins Abseits zu geraten. So sollen bis 2015 bundesweit 7,8 Milliarden Euro für die Arbeitsförderung eingespart werden. Für den Würzburger Landkreis, dem heuer noch zwei Millionen Euro für Eingliederungsmaßnahmen zur Verfügung stehen, bedeutet dies ein Minus von einer halben Million Euro im kommenden Jahr: „Das schränkt unseren Handlungsspielraum stark ein.“

Ein-Euro-Jobs

Besonders negative Konsequenzen wird Blenk zufolge die Neustrukturierung der Ein-Euro-Jobs haben. Die müssen künftig „wettbewerbsneutral“

sein: „Eine Forderung, mit der wir ins Schleudern kommen.“

Theoretisches Aus

Was immer Langzeitarbeitslose herstellen, könne auch von Privaten produziert werden. In Unterfranken könnte dies theoretisch das Aus für das „Programm zur Arbeitsintegration durch Qualifizierung und Training“ (PAQT) bedeuten. Bei der von der Handwerkskammer organisierten Maßnahme lernen Jugendliche unter anderem, Handwerkliches in Trainingswerkstätten zu fertigen. Auch Sozialkaufhäuser stehen laut Blenk durch die neue Vorgabe auf dem Prüfstand: „Stehen sie doch in Konkurrenz zu Kaufhäusern und gewerblichen Second-Hand-Läden.“ Hausrats-

aufösungen, für die Ein-Euro-Jobber in der Vergangenheit oft eingesetzt wurden, würden ebenfalls von Privatfirmen gemacht.

Falsche Aussage

Laut Manfred Kothe, Fachcontroller und Eingliederungsmanager im Jobcenter, führen Ein-Euro-Jobs dazu, dass Langzeitarbeitslose wieder vermittlungsfähig werden und von sich aus die Initiative ergreifen, einen Job auf dem ersten Arbeitsmarkt zu suchen. Die Aussage, dass Ein-Euro-Jobs nicht effektiv seien, bezeichnete der Landkreismitarbeiter als falsch. Die Fehleinschätzung liege an der statistischen Auswertung: Als „erfolgreich“ erfasst würden im Computer nur jene Ein-Euro-Jobber, die innerhalb von zwei Wochen nach Auslaufen der Maßnahme eine Stelle auf dem ersten Arbeitsmarkt finden. Viele suchten jedoch länger - und haben mit einiger Verzögerung schließlich Erfolg.

Statistische Auswertung

Dass der Knoten „Langzeitarbeitslosigkeit“ mithilfe von Ein-Euro-Jobs zu einem hohen Prozentsatz platzen kann, belegt die jüngste Auswertung der Hartz IV-Statistik im Würzburger Landkreis. Demnach absolvierten seit Juli 2008 insgesamt 452 Langzeitarbeitslose 665 Ein-Euro-Jobs. Lediglich 42 dieser Arbeitslosengeld-2-Empfänger mündeten direkt im Anschluss an die Maßnahme in den ersten Arbeitsmarkt ein. Verfolgt man

jedoch ihren Werdegang seit Ende der Arbeitsgelegenheit, kommt es laut Manfred Kothe zu ganz anderen Zahlen: 123 ehemalige Ein-Euro-Jobber kamen im Landkreis bis heute auf dem ersten Arbeitsmarkt unter. 17 fanden eine Ausbildungsstelle.

Lähmungserscheinungen

Die geplanten Mittelkürzungen zusammen mit den neuen Vorgaben lähmen laut Blenk und Kothe das Jobcenter. Kraft raube außerdem die Bürokratie bei der Umsetzung des Bildungspakets. Blenk: „Hier ist der Verwaltungsaufwand einfach nicht mehr zu toppen.“ Selbst für einen Betrag von 3,80 Euro, damit ein Schulkind am Tagesausflug seiner Klasse teilnehmen kann, müsse ein Bescheid erlassen werden: „Gegen den natürlich Widerspruch eingelegt werden kann.“ Im gesamten Landkreis Würzburg sind 1.700 Kinder und Jugendlichen so arm, dass sie Anspruch auf Leistungen aus dem Bildungspaket haben. Über 1.300 Anträge für 700 Kinder gingen bisher beim Jobcenter ein.

Rigide Vorgaben

Viele Väter und Mütter meiden allerdings auch die Antragstellung, weil sie sich gegenüber der Schule, dem Verein, dem Jugendverband oder einem Nachhilfeinstitut nicht als bedürftig outen wollen. Blenk: „Was ich persönlich verstehen kann.“ Ursprünglich sei vorgesehen gewesen, das Bildungspaket diskriminierungsfrei zu gestalten. Im praktischen Vollzug sei dies aufgrund der rigiden Vorgaben jedoch unmöglich. **Pat Christ**

Stein geht neue Wege in der Straßenbeleuchtung...

...und baut erstmals energieeffiziente LED-Leuchten ein

Stein – Neueste Straßenbeleuchtungstechnik gibt es nun auch in Stein. Die Straßenlampen in der Mühlstraße werden mit neuesten und energieeffizienten LED-Straßenlampen ausgestattet. Damit senkt die Stadt Stein den Stromverbrauch, spart Kosten und trägt zu einer Reduzierung der CO2-Emissionen bei.

In der Zeit vom 1.1.2011 bis 31.3.2011 bestand die Möglichkeit beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit einen Förderantrag zur Umstellung der Straßenbeleuchtung von umweltschädlichen und sehr ineffizienten Hochdruck-Quecksilberdampflampen (HQL) auf moderne und energieeffiziente LED-Lampen zu stellen. „Die Modernisierungs-Maßnahme wird mit 40 Prozent der Herstellungskosten gefördert und in dieses Förderprogramm wollten wir aufgenommen werden“, so Steins Erster Bürgermeister Kurt Krömer.

Für die Anschaffung der 48 Leuchten investiert die Stadt 41.000 Euro und erhält vom Bund eine Förderung in Höhe von etwas mehr als 16.000 Euro. „Es freut mich, dass wir mit dieser Bundesförderung unsere Straßenbeleuchtung auf den neuesten Stand der Technik bringen können“, betont Krömer.

60 % Energieeinsparung sind zu erzielen

Vom Bauamt der Stadt Stein wurde der Förderantrag bearbeitet und bei dem Projektträger Jülich eingereicht. Eine Förderung setzt eine Energieeinsparung von mindestens 60 Prozent voraus. Dieses Bundesförderprogramm hat die Stadt Stein ausgenutzt, um neben den zu erwarteten Fördergeldern in den nächsten Jahren auch Stromkosten zu sparen und gleichzeitig eine CO2-Reduzierung zu erzielen.

48 Leuchten werden erneuert

Inzwischen ist der Zuwendungsbescheid mit dem Förderkennzeichen 03KS2053 eingegangen und so können noch in diesem Jahr konkret 48 Straßenlampen auf einer 1,6 Kilometer langen Strecke entlang der Steiner Mühlstraße auf LED-Beleuchtung umgestellt werden. Die ersten Straßenlampen wurden 1977 aufgestellt und im Zuge der Bebauung erweitert.

Jährliche Einsparung von rund 8.000 Euro

„Durch die Umstellung der Straßenbeleuchtung werden jährlich rund 40.000 Kilowatt-Stunden Strom oder über 70 Prozent der Stromkosten eingespart. Bei einer Betriebsdauer von rund 4.100 Stunden im Jahr müssen wir für die HQL-Leuchten etwas

über 12.000 Euro an Strom bezahlen. Mit der neuen LED-Beleuchtung werden wir bei rund 3.800 Euro liegen“, erklärt der Rathauschef.

Eine weitere Kostenreduzierung ergibt sich aus der höheren Lebensdauer der LED-Beleuchtung mit ca. 50.000 Betriebsstunden gegenüber ca. 16.000 Stunden bei den bisherigen HQL-Lampen.

Durch die Verringerung des Stromverbrauchs errechnet sich auch eine CO2-Reduzierung in den nächsten 20 Jahren von fast 500 Tonnen, wodurch die Umwelt entlastet wird und die Stadt Stein einen aktiven Beitrag zum Umweltschutz leistet.

Von Seiten der Stadt Stein ist beabsichtigt, in den nächsten Jahren das Straßenbeleuchtungsnetz mit energieeffizienten LED-Leuchten konsequent zu modernisieren und damit noch mehr als bisher die Umwelt zu entlasten. □

Regionaler Planungsverband Donau-Wald:

Der Windkraft eine Chance

Die Neufassung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes und das Thema Windkraftnutzung standen im Fokus der jüngsten Sitzung des Planungsausschusses des Regionalen Planungsverbandes Donau-Wald in Straubing. Die Leitung oblag Landrat Alfred Reisinger, Straubing-Bogen.

In seiner Stellungnahme zur Neufassung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes BayLplG 2011 begrüßt der Planungsverband die Grundüberlegung des Freistaates Bayern, das Nebeneinander von Raumordnungsgesetz ROG und BayLplG aufzuheben und durch eine landesrechtliche Vollregelung zu ersetzen. Der Verband begrüßt ausdrücklich, dass das Leitziel der Landesplanung zur Herstellung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Teilräumen im Gesetz verankert werden soll. Allerdings müssten diesem Bekenntnis auch Taten folgen und insbesondere die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den ländlichen Räumen verbessert werden.

Gegen Neuabgrenzung

Der Planungsverband Donau-Wald spricht sich ausdrücklich dafür aus, dass die Regionalplanung weiter im übertragenen Wirkungsbereich von den bewährten Planungsverbänden ausgefüllt werden soll. Eine Neuabgrenzung der Regionen sei nicht erforderlich.

Gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen sind ohne hochwertige Gesundheits- und Bildungsinfrastruktur nicht möglich. Der Planungsverband fordert daher, dass im Sinne des Vorhalteprinzips und Vorrangprinzips auch für diese zentralen Themen Regelungen im LEP und den Regionalplänen aufgenommen werden können.

Wichtige Schnittstelle

Wie der Regionale Planungsverband Donau-Wald ausführt, ist der Alternativvorschlag zur Ausgestaltung der Regionalplanung nicht näher ausformuliert und nur in wenigen „Eckpunkten“ bekannt. Der Verband spricht sich deshalb dafür aus, die in Bayern bewährte Grundstruktur der Regionalplanung im übertragenen Wirkungsbereich beizubehalten. Die Pla-

nungsverbände stellten eine wichtige Schnittstelle zwischen staatlichen und kommunalen Interessen dar, die bei einer vollständigen Kommunalisierung verloren gehen würde. In der Konsequenz wäre zu erwarten, dass der Staat bestimmte Regelungen selbst treffen würde und damit der kommunale Einfluss auf die Planung geschmälert würde.

Mit 17:4 Stimmen beschloss der Regionale Planungsverband darüber hinaus ein einheitliches Planungskonzept für Windkraftanlagen. Trotz der kollektiven Planung sollen individuelle Lösungen, wie Kommunen künftig mit Windkraft umgehen wollen, nicht verhindert werden.

In der Region Donau-Wald wird bisher vor allem die Wasserkraft genutzt, auch Photovoltaik und Biogas spielen eine wichtige Rolle. Die Nutzung der Windkraft ist in der Region hingegen aus unterschiedlichen Gründen bisher wenig verbreitet.

Aufgrund der langjährigen Erfahrungen mit der regionalplanerischen Steuerung der Windkraft in anderen Regionen Bayerns und der einschlägigen Rechtsprechung sei hinreichend klar, wie ein solches Konzept aufgebaut sein muss, um Rechtssicherheit zu erlangen. Entscheidend sei, dass das Steuerungskonzept keine verschleierte „Verhinderungsplanung“ sein darf. Der Planungsträger müsse die Entscheidung des Gesetzgebers, Windenergieanlagen im Außenbereich zu privilegieren, beachten und für die Windenergienutzung im Plangebiet an objektiv geeigneten Standorten in substanzieller Weise Raum schaffen.

Keine Alibifunktion

Es dürfe kein „grobes Missverhältnis“ zwischen den ausgewiesenen Positivflächen und dem Umfang der Ausschlussflächen bestehen. Für die Positivausweisung gilt, dass diese nicht lediglich „Alibifunktion“

Reform der Arbeitsmarktpolitik

Die Bundesregierung will die Instrumente der Arbeitsförderung neu strukturieren. Der Haushalt der Bundesagentur für Arbeit soll gleichzeitig im kommenden Jahr um 1,67 Milliarden Euro entlastet werden. Bis 2015 sollen jährlich jeweils weitere knapp zwei Milliarden Euro eingespart werden. Im Bundesrat wurde der Gesetzentwurf am 14. Oktober abgelehnt. Wörtlich hieß es: „Das Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt wird seinem Namen nicht gerecht. Im Ergebnis werden hier die Eingliederungschancen nicht verbessert, sondern Einschränkungen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik vorgenommen.“ Der Bundesrat rief den Vermittlungsausschuss an.

pat

haben darf. Die ausgewiesenen Gebiete müssten für die Zwecke der Windenergie geeignet sein, andere Belange dürften in diesen Gebieten der Nutzung der Windkraft erkennbar nicht entgegenstehen.

Schlüssiges Konzept

Mit einem schlüssigen gesamträumlichen Planungskonzept könne durch die Darstellung von Vorranggebieten im Regionalplan eine Konzentration von Windkraftanlagen bzw. Windparks an bestimmten Standorten erreicht werden. Eine solche positive Standortzuweisung sei Voraussetzung, dass andere Bereiche der Region durch die Festlegung von Ausschlussgebieten von Windenergieanlagen freigehalten werden können.

Gegen „Verspargelung“

Ziel der planerischen Konzeption sei die Konzentration von Windkraftanlagen an geeigneten Standorten und damit die Vermeidung einer „Verspargelung“ der Landschaft.

Wie der Planungsausschuss hervorhob, kann die Steuerung der Windkraft neben der Regionalplanung auch von der kommunalen Bauleitplanung übernommen werden. Die Stadt Hauzenberg beispielsweise befinde sich derzeit in einem Auf-

stellungsverfahren für einen Flächennutzungsplan mit Konzentrationszonen für Windkraft.

Der Beschluss eines einheitlichen Planungskonzepts wurde von Verbandsvorsitzendem Alfred Reisinger begrüßt: „Wir haben der Windkraft eine Chance eingeräumt, im Rahmen bestimmter Vorgaben.“ An einem gemeinsamen Kriterienkatalog sei in der Sitzung des Planungsausschusses nicht gerüttelt worden. **DK**

Erste Familienstützpunkte eröffnet

„Heutzutage lassen wir uns in vielen Lebensbereichen, vor allem in der Arbeitswelt, beraten, coachen und weiterbilden. Auch für die ‘Firma Familie’ muss dies selbstverständlich sein! Denn anspruchsvolle und vielfältige Erziehungsarbeit ist kein ‘Kinderspiel’ und kann durchaus von den Erfahrungen und dem Fachwissen Dritter profitieren. Mit den Familienstützpunkten haben wir wichtige Kontakt- und Anlaufstellen geschaffen, in denen Eltern Informationen, Hilfe und Angebote entsprechend ihren Bedürfnissen erhalten. Dabei stehen die Belange der Kinder konsequent im Mittelpunkt“, so Bayerns Familienministerin Christine Haderthauer anlässlich der Eröffnung der ersten bayerischen Familienstützpunkte in Nürnberg sowie Stadt und Landkreis Würzburg.

In insgesamt elf bayerischen

Kommunen werden Familienstützpunkte unter der wissenschaftlichen Begleitung des Staatsinstituts für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb) eröffnet. Sie bauen auf dem Wissen und der Kompetenz bestehender Einrichtungen wie Mütterzentren, Familienbildungsstätten oder Kindertageseinrichtungen auf.

Förderung des Freistaats

Der Freistaat fördert das Projekt mit insgesamt bis zu 2 Millionen Euro. Neben den jüngst eröffneten Familienstützpunkten werden in den nächsten sechs Monaten weitere Stützpunkte im Landkreis Traunstein, in Stadt und Landkreis Bamberg, Stadt und Landkreis Regensburg sowie den Städten Augsburg, Aschaffenburg und Kaufbeuren eröffnet. □

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Ehrenherausgeber:
Otto Ammon
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Werner Bumeder (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Constanze von Hassel (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 45 vom 01.01.2011
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags
und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: http://www.gemeindezeitung.de
Bankverbindungen:
Sparkasse Dillingen
Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20
Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Druck und Auslieferung:
Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Energieeffiziente Stadt – Neue Straßenbeleuchtung in Rosenheim:

Inbetriebnahme der LED-Teststrecke

Die Stadtwerke Rosenheim arbeiten derzeit intensiv an der Weiterentwicklung ihres Energiekonzeptes. In diesem wird dargestellt, was die Stadtwerke Rosenheim an innovativen Maßnahmen heute und in den nächsten Jahren unternehmen, um das ambitionierte Ziel einer ausgeglichenen CO₂-Bilanz für die Stadt bis 2025 zu erreichen.

Ein Beitrag zur Erreichung dieses Ziels kann durch den Einsatz moderner Technologie bei kommunaler Beleuchtung geleistet werden. Mit der Übernahme des Betriebs der Straßenbeleuchtung zum 01. Juni 2010 von der Stadt Rosenheim ist auf die Stadtwerke Rosenheim ein neues Betätigungsfeld zugekommen. Seitdem beschäftigt sich eine Gruppe von Mitarbeitern eingehend mit den Einsatzmöglichkeiten neuer Technologien und damit natürlich auch mit dem Einsatz von LED-Leuchten.

Um den Betrieb der Straßenbeleuchtung zu optimieren, wurde zunächst eine komplette Datenerfassung der bestehenden Anlagen durchgeführt, sowie Strategien entwickelt, um die Wartung und Instandhaltung nach den gängigen Vorschriften umzusetzen.

Ökodesignrichtlinie

Aufgrund des ab 2015 geltenden EU-Verbotes von Quecksilberdampf-Hochdrucklampen, von denen derzeit ca. 1.500 in Betrieb sind, der Ökodesignrichtlinie, die ab 2017 gilt, und um neue Technologien zur CO₂-Einsparung in der Beleuchtung einsetzen zu können, haben sich die Stadtwerke Rosenheim entschieden, vor ihrer Haustüre in der Bayerstraße eine Teststrecke aufzubauen, um hier unterschiedliche Technologien zu testen.

Streifzug durch die Beleuchtungswelt

Hier werden verschiedene Leuchten eingesetzt und aus bestimmten Positionen zur visuellen Betrachtung verschiedene Bilder gemacht. Dabei werden sowohl die herkömmlichen Leuchten mit Natriumdampf-Hochdrucklampen-Technik in verschiedenen Wattzahlen, sowie Leuchten in LED-Technologie eingesetzt.

Der Stadtwerke-Mitarbeiter Andreas Ziehut hat im Rahmen der diesjährigen Philips „city.people.light tour“ einen Workshop in München besucht. Die Tour stand unter dem Motto „Lebenswerte Städte – LED im öffentlichen Raum“ und zeigte auf einem Streifzug durch die kommunale Beleuchtungswelt, wie sich Straßen und Wege, Plätze und Fassaden mit Licht nachhaltig und attraktiv gestalten lassen. Ein Schwerpunkt sind intelligente Lichtlösungen auf Basis von LED. Unter allen Teilnehmern der Tour wurden nach einem regionalen Schlüssel insgesamt 15 LED-Lichtpunkte verlost.

Teststrecke

Als einer der ersten Gewinner erhielten jetzt die Stadtwerke Rosenheim drei LED-Straßenleuchten „SpeedStar“. Diese gehen nun zusammen mit einer zusätzlich erworbenen LED-Straßenleuchte gleichen Typs als Teststrecke vor dem Hauptgebäude der Stadtwerke Rosenheim in der Bayerstraße in Betrieb.

Die LED-Straßenleuchte namens „SpeedStar“ ist beispielhaft für nachhaltige Außenbeleuchtung und setzt neue Maßstäbe. Sie wurde auf Basis der bewährten Philips-Kofferleuchten entwickelt und verbindet attraktives Design mit technischer Innovation sowie hohe Energieeffizienz mit geringen Betriebskosten. Sie

ist damit die ideale Lösung für die Außenbeleuchtung in Städten und Gemeinden, deren Verwaltungen großen Wert auf signifikante Kosteneinsparungen, gute Lichtqualität, mehr Sicherheit und ein harmonisches Orts- oder Stadtbild legen.

Konsequente Modularität

Der konkrete Mehrwert von SpeedStar LED-Leuchten liegt in der konsequenten Modularität. Die Leuchte ist mit dem leicht auswechselbaren LEDGINE-LED-Modul ausgestattet, das zu einem späteren Wartungszyklus schnell und einfach gegen ein energieeffizienteres Modul ausgetauscht werden kann. Das Lichtniveau verändert sich dadurch nicht und bleibt exakt auf dem vorgegebenen Wert. Damit ist nicht nur eine hohe Anlagensicherheit gewährleistet, sondern auch, dass die Anlage energetisch und wartungstechnisch immer auf aktuel-

lem Stand ist. Schon jetzt sparen Leuchten mit LEDGINE-Modulen im Vergleich zu Natriumdampf-Hochdruck-Lampen rund 20 % und gegenüber einer veralteten Anlage mit Quecksilberdampf-Hochdruck-Lampen sogar bis zu 80 % allein an Energie.

Nicht Ausschalten, sondern Umschalten auf Beleuchtungslösungen, die Energie intelligenter nutzen, kann in diesem Zusammenhang die Devise nur lauten. Das senkt zum einen nicht nur die Kosten, sondern hilft zum anderen, die gesetzlichen Vorgaben zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes zu erfüllen. Es schafft aber auch viele neue Möglichkeiten, den urbanen Raum für Menschen attraktiv und lebenswert zu gestalten. Die notwendigen technischen und konzeptionellen Grundlagen dafür sind bereits heute in vollem Umfang vorhanden.

Die Stadtwerke Rosenheim werden in der Bayerstraße nun verschiedene Steuerungs- und Einsatzmöglichkeiten testen und mit den so gewonnenen Erkenntnissen die weitere Vorgehensweise festzulegen, die Straßenbeleuchtung in Rosenheim in den nächsten Jahren energieeffizient und attraktiv zu gestalten. □



V. l.: Dipl.-Ing. (FH) Reinhard Bielmeier, Bereichsleiter Versorgungstechnik, Stadtwerke Rosenheim (SWRO), Dipl.-Ing. Peter Segeler, Vertriebsleiter Region Süd, Philips GmbH, Dr.-Ing. Götz Brühl, Geschäftsführer SWRO, Gabriele Bauer, Rosenheims Oberbürgermeisterin und Dipl.-Ing. (FH) Andreas Ziehut, Netzplanung + Straßenbeleuchtung, SWRO.

Euregio Egreensis Arbeitsgemeinschaft Bayern:

Auge, Ohr und Herz der Region

Mitgliederversammlung im Landratsamt Hof

Bei der Mitgliederversammlung der Euregio Egreensis Arbeitsgemeinschaft Bayern im Landratsamt Hof wurden Präsidentin Dr. Birgit Seelbinder, Oberbürgermeisterin von Marktredwitz, und ihre beiden Stellvertreter Landrat Simon Wittmann (Neustadt a. d. Waldnaab) und Landrat Klaus Peter Söllner (Kulmbach) einstimmig in ihren Ämtern bestätigt. Als neue Mitglieder traten die Stadt Erbendorf und der Markt Wernberg-Köblitz bei.

Als Gastredner informierte Regierungsdirektor Matthias Herderich vom bayerischen Wirtschaftsministerium über die gegenwärtige Interreg-Förderperiode und gab einen Ausblick auf die Förderung der europäischen territorialen Zusammenarbeit ab 2014. Die Euregio Egreensis bezeichnete er dabei als „Auge, Ohr und Herz der Region“ und als wichtigen Partner in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Sprachoffensive

In ihrem Bilanzbericht 2010/2011 ging Birgit Seelbinder zunächst auf die „seit nunmehr 2006 mit vielen verschiedenen Maßnahmen sehr erfolgreich durchgeführten und in bewährter Weise fortgesetzten“ Sprachoffensive ein. Mehrmals seien im vergangenen Schuljahr erneut

„Sprachanimateure“ an verschiedene Schulen im gesamten Euregio-Gebiet geschickt worden, um dort Vorbehalte abzubauen und einfach und spielerisch erste Kenntnisse der Nachbarsprache zu vermitteln.

Zusammenarbeit

Bei dem aktuellen Konzept unter dem Motto „To je Kauf!“ werde spielerisch mit einem deutschen und tschechischen Kaufladen gearbeitet. Die Resonanz der Schüler und Lehrer sei nach wie vor sehr positiv. Im Rahmen der Sprachoffensive habe die Euregio Egreensis im letzten Jahr auch noch ein weiteres spezielles Fachthema besetzt: die Sprachvermittlung im Feuerwehrwesen. Ausgangspunkt sei, dass unmittelbar an der Grenze immer mehr Feuerwehren nicht nur bei Übungen, sondern auch

GZ

Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Schau, schau, Strukturwandel und Nahversorgung – daraus kann man also eine fetzige Komödie stricken.“ Mein Chef flüchte die Kinovorschau durch, da er mit seiner Frau nach zig Jahren mal wieder einen netten Kinobesuch inklusive Cola und Popcorn plante.

Dabei stieß er auf die Vorschau eines Films, der ungefähr folgenden Inhalt hat: Ein Dorf in Niederbayern ist vom wirtschaftlichen Strukturwandel betroffen. Arbeitslosigkeit und Kaufkraftverfall sind die Folge. Die Leute kaufen nicht mehr im Dorfladen, sondern im Supermarkt zwei Orte weiter. Die Betreiberinnen des Dorfladens stehen vor dem Ruin und halten sich mit Telefonsex über Wasser.

Soweit steht vom Plot her einem höchst vergnüglichen Kinoabend sicher nichts im Wege, schon allein, weil ich ins Schmunzeln komme, wenn ich mir die Frau Hofer beim Telefonsex

Renaissance der Dorfläden

vorstelle, die bis vor ein paar Jahren den Kramerladen in meinem Heimatdorf hatte – eine, wie soll ich sagen, etwas rustikale und handfeste Person.

Das Thema selber ist scheinbar doch von gestern - Strukturwandel gibt es zwar immer wieder, die Entwicklung beim Einzelhandel ist aber lange unauffällig in Richtung große Supermärkte gelaufen. Wirklich? Mal sehen, was die Zukunft noch so bringt.

Aus Großbritannien kommt die Nachricht, dass sich ein Dorf seit fast zwei Jahrzehnten mit allen Mitteln und Kniffen der Ansiedlung eines Tesco-Supermarkts widersetzt und stattdessen unbeugsam und ehern am alten Dorfladen festhält. Tesco ist jenseits des Ärmelkanals so eine Größe wie bei uns die Läden mit den vier Buchstaben und ebenso wie man hierzulande überall auf das große blaue A stößt, kommt man in England nicht weit, ohne über einen Tesco-Laden zu stolpern. Das Ganze hat also das Zeug, so etwas wie eine Asterix-Geschichte des Konsumzeitalters zu werden.

Halten wir den tapferen Briten, die das individuelle Sortiment des Krämers dem normierten An-

gebot eines Discounters vorziehen, mal fest die Daumen. Denn eins ist klar: Ist der Tesco einmal am Ort, kann sich der kleine Laden nicht lange halten, auch wenn alle heilige Eide schwören würden, ihren Grundbedarf immer bei ihm zu decken. Zu verlockend sind die Sonderangebote, zu vielfältig die Waren, um nicht zu animieren.

Wir hier in der Stadt kämpfen nicht gegen Supermärkte.

Im Gegenteil: Natürlich haben wir am Stadtrand alles, was das Konsumentenherz begehrt. Aber in unserer Innenstadt, da wollen wir die Großanbieter nicht, sondern pflegen kleinteilige Handelsstrukturen mit Spezialanbietern, Traditionsgeschäften und regionalen Herstellern. Das machen wir konsequent, auch mit Hilfe des Planungsrechts.

In den ländlichen Vororten fördern wir intensiv Landwirte, die ihre Erzeugnisse in Hofläden feilbieten oder kleine Handwerker, die sozusagen ab Werkbank verkaufen. Zwei Dinge kommen uns dabei zu Gute: Erstens sehen immer mehr Menschen ein, dass mit dem Kauf regionaler Produkte die Umwelt weniger belastet und traditionelle Strukturen erhalten werden. Außerdem haben wir in der Stadt und im Umland eine Bevölkerung, die auch mal bereit ist, sich etwas zu gönnen.

Und das ist ja auch schon die andere Seite der Renaissance der kleinen Läden: Viele, denen es wirtschaftlich nicht so gut geht, können sich das teure Sortiment nicht leisten; womit wir wieder beim eingangs erwähnten Film wären. Deshalb ist es unredlich, Discountmärkte zu verdammen. Ein ausgewogener Mix ist das Gebot für eine kleine Stadt wie unsere!

Mein Chef, der Bürgermeister, kauft selbst konsequent bei den Läden in der Innenstadt oder bei Hofläden ein und will dies auch weiter unter den Leuten populär machen. Ganz nach den Worten von Ernst Dichter auf dem heutigen Kalenderblatt: „Man kann alles verkaufen, wenn es gerade in Mode ist. Das Problem besteht darin, es in Mode zu bringen.“

the
fabriku

im Ernstfall mit ihren Kameras auf der anderen Seite zusammenarbeiten.

„Hier ist die Sprachhürde eine besondere Herausforderung und deshalb haben wir als Euregio vor über einem Jahr ein praxisgerechtes Fachwörterbuch Deutsch/Tschechisch für das Feuerwehrwesen herausgegeben“, hob die Präsidentin hervor. Mitte letzten Jahres sei aus dem Erfolg dieses Wörterbuches die Idee entstanden, auch Sprachkurse für aktive Feuerwehrleute anzubieten, um die praktische Anwendung der Feuerwehr-Fachsprache einzüben.

So wurden auf Initiative der Euregio Egreensis in der Stadt Hof sowie in den Landkreisen Hof, Wunsiedel, Tirschenreuth, Neustadt a. d. Waldnaab und Schwandorf jeweils Pilot-Sprachkurse für Feuerwehrleute durchgeführt. Weitere Kurse sind derzeit in Vorbereitung. Zum Teil werden diese Sprachkurse von den Feuerwehren selbst beziehungsweise von den örtlichen Volkshochschulen durchgeführt.

Erstmals, so fuhr Seelbinder fort, gebe es jetzt zudem ein offiziell anerkanntes Zertifikat für

bayerische Schüler im Fach Tschechisch. Mit offiziellen Sprachzertifikaten könnten junge Menschen ihre Fremdsprachenkenntnisse bei Bewerbungen nachweisen. Damit gehe eine seit Jahren von der Euregio Egreensis erhobene Forderung in Erfüllung. Die Oberbürgermeisterin bezeichnete die Vereinbarung als „Meilenstein in den Bemühungen um die Förderung der tschechischen Sprache an bayerischen Schulen“.

Gesundheitswesen

Neben dem Ausbau und der Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Gesundheitswesen mit den zwei Schwerpunkten Notfallrettung und stationäre Versorgung im bayerisch-böhmischen Grenzraum innerhalb der Euregio ging Birgit Seelbinder in ihrer Bilanz unter anderem auf das bayerisch-tschechische Gastschuljahr ein. Die Bayerische Staatskanzlei und der Deutsch-Tschechische Zukunftsfonds förderten weiterhin großzügig – mit insgesamt ca. 50.000 Euro pro Schuljahr – dieses Projekt.

Für die tschechischen Gast-

schüler, die an den bayerischen Gymnasien zu Besuch sind, würden jährlich mehrere Fahrten und Veranstaltungen organisiert. Die Regionalexkursion habe die Gastschüler z. B. im vergangenen Jahr an das Informationszentrum der Kontinentalen Tiefbohrung in Windischeschenbach geführt. Das Gastschuljahr werde im Schuljahr 2011/2012 mit 23 Schülern fortgesetzt.

Radweg über die Grenze

Abschließend dankte die Präsidentin Regierungsdirektor Herderich und seinen Mitarbeitern dafür, „dass in unserer Euregio Egreensis mehrere grenzüberschreitende Großprojekte mit besonderer Bedeutung für die Grenzregion aus dem Ziel-3-Programm gefördert werden“. Als ausgewählte Projekte, die hohe EU-Zuschüsse erhalten erwähnte Seelbinder den Begegnungs- und Sportpark Aš – Fichtelberg, das Skilanglaufzentrum Silberhütte, den Geschichtspark Bärnau-Tachov, den grenzüberschreitenden Radweg Wunsiedel – Selb – Asch sowie das Umweltprojekt „Tropenhaus am Rennsteig“ im Landkreis Kronach. **DK**



Der Schneelastwächter
automatisch messen, Gefahren verhüten



Mehr Gebäudesicherheit durch permanente Kontrolle der Schnee-Dachlast

www.roofguards.de

Integrationspreis der Regierung von Oberfranken:

Dreifache Auszeichnung

Die Regierung von Oberfranken hat auch heuer Preise für erfolgreiche Arbeit auf dem Gebiet der Integration von Migrantinnen und Migranten in der Gesellschaft verliehen. Das Preisgeld in Höhe von insgesamt 5.000 Euro wurde vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen zur Verfügung gestellt.

Ausgezeichnet und mit jeweils 1.650 Euro prämiert wurden in Bayreuth die Hofer Schul- und Familienbegleitung, Integra Hof e.V., der Caritasverband für den Landkreis Kulmbach e.V. und das Sozialraumteam Speichersdorf.

Hofer Schul- und Familienbegleitung

Das Projekt „Hofer Schul- und Familienbegleitung“ ist im Jahre 2006 unter dem Dach der Integra Hof e.V. ins Leben gerufen worden. Die Verantwortlichen haben es sich zum Ziel gesetzt, benachteiligte Eltern dabei zu unterstützen, die Bildungschancen ihrer Kinder zu nutzen und zu verbessern. Nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ soll die Elternkompetenz im Bereich Erziehung und Bildung nachhaltig gestärkt werden. Insgesamt werden derzeit 69 Kinder betreut. Davon haben 58 Kinder bzw. deren Eltern einen Migrationshintergrund. Über die Hälfte der Eltern stammt aus der Türkei.

Regelmäßiger Kontakt

Eingebunden sind 45 Mento-

ren, 33 Lernpartner und eine Sozialpädagogin. Die Kontaktaufnahme erfolgt im Wesentlichen über die Eltern oder Lehrer. Die Projektkoordinatoren besuchen die jeweiligen Familien und besprechen die konkret vorhandenen Probleme. Die teilnehmenden Familien unterzeichnen dann einen Vertrag, in dem sie sich für einen Zeitraum von etwa zwei Jahren zur Zusammenarbeit verpflichten. Anschließend suchen die Projektkoordinatoren einen Mentor aus. Dessen Hauptaufgabe besteht darin, regelmäßig Kontakt mit den Eltern und der Schule zu halten.

Mentor im Einsatz

Die Eltern werden dazu angehalten, die Lehrersprechstunden gemeinsam mit dem Mentor zu besuchen. Halbjährlich werden die Zeugnisse mit dem Kind und den Eltern besprochen. Durch den Besuch in einer Bücherei und die Teilnahme am Antolin-Programm wird die Leseförderung unterstützt. Auch soziale Kontakte werden hergestellt und gepflegt. So wird bei Interesse ein passender Sport-

verein für das Kind gesucht.

In den Ferien bietet die Integra Schwimm- und Malkurse an. Theaterbesuche und diverse Ausflüge sowie ein Kinderfilmfest stehen ebenfalls auf dem Programm. Eine wichtige Aufgabe erfüllen auch die Lernpartner, die den Kindern an die Seite gestellt werden. Als solche fungieren im Wesentlichen ältere Schüler. Diese besuchen ein bis zweimal wöchentlich die Familie, erledigen mit den Kindern die Hausaufgaben, geben im Bedarfsfall Nachhilfe, lesen mit den Kindern und gestalten auch deren Freizeit mit. Es erfolgt hier eine separate, passgenaue Einzelförderung.

Caritasverband für den Landkreis Kulmbach e.V.

Zusammen mit der Türkischen Gemeinde Kulmbach führt ein weiterer Preisträger, der Caritasverband für den Landkreis Kulmbach e.V., verschiedene Projekte durch. Zu nennen sind hier der Sprachkurs für junge Mütter, ein Kreativkurs zur Textgestaltung für Mädchen, ein Offener Jugendtreff, eine Müttergruppe, das Türkische Jugendparlament und das Harman Radio. Dieses Radioprojekt wurde gemeinsam mit dem Kreisjugendring initiiert.

Radioarbeit

Im Mai dieses Jahres fanden sich 15 türkische Jugendliche zusammen, um Radioarbeit zu machen. Sie führen Interviews zu aktuellen Themen durch. So wurden im Juni und Juli Austauschschüler aus Bursa zur erlebten Gastfreundschaft und zu ihren Eindrücken von Deutschland und Kulmbach befragt.

Anlässlich des Altstadtfestes wurde unter den Besuchern eine Umfrage zur Zufriedenheit mit den von der Türkischen Gemeinde angebotenen türkischen Spezialitäten gestartet. Die Beiträge werden in einem Tonstudio zusammengestellt und über das Lokalradio verbreitet. Damit soll den Jugendlichen eine sinnvolle Freizeitgestaltung ermöglicht, und der Kontakt zur einheimischen Bevölkerung hergestellt werden.

Sozialraumteam Speichersdorf

Preisträger Nummer drei, das Sozialraumteam Speichersdorf, wurde 2008 mit dem Ziel gegründet, die Kompetenzen auf dem Gebiet der Jugendarbeit in der Gemeinde Speichersdorf zu bündeln, und somit das Angebot für Kinder und Jugendliche noch weiter auszubauen. Besonders lag den Beteiligten die Integration von Kindern und Jugendlichen, aber auch Erwachsenen mit Migrationshintergrund innerhalb der Kommune am Herzen.

Hierzu sind vielfältige Aktivitäten wie Integrationsarbeit im Jugendtreff, eine Integrations-sportgruppe, Hausaufgabenbetreuung für Migrantenkinder und ein Quali-Vorbereitungskurs, „AttrAktiv in Speichersdorf“, das Projekt Notinsel und das Projekt „Griffbereit“ in die Wege geleitet worden.

Projekt Notinsel

Anfang des Jahres 2010 engagierte sich das Sozialraumteam bei der Umsetzung des Projektes Notinsel. Hierbei wurden in zahlreichen Geschäften der Gemeinde Speichersdorf Notinselstandorte eingerichtet, die den Kindern und Jugendlichen in Notsituationen offen stehen und Schutz bieten. Dieses Projekt richtet sich vor allem an Kinder mit Migrationshintergrund, die

in der ungewohnten und fremden Umgebung Sicherheit und besonderen Schutz benötigen. Aus diesem Grund wurde das Informationsmaterial auch in türkischer und russischer Sprache erstellt, um von Beginn an auf die gesamte Bevölkerung einzugehen.

Projekt „Griffbereit“

Im Rahmen des Projekts „Griffbereit“ werden sowohl türkisch- als auch russischstämmige Mütter und deren Klein-

kinder im Erlernen der deutschen Sprache gefördert. In wöchentlichen Kursen soll unter der Leitung von bereits gut integrierten Migranten aus dem Ort die deutsche Sprache spielerisch vermittelt, jedoch auch die eigene Muttersprache gestärkt werden. An diesem Kurs, der durch das Sozialraumteam in der Gemeinde Speichersdorf etabliert wurde, nehmen derzeit acht türkische und sechs russische Mütter teil. **DK**

Fahmüller neuer Landrat im Rottal

Der CSU-Politiker Michael Fahmüller ist neuer Landrat im Landkreis Rottal-Inn. Der 43-jährige Sparkassenfachwirt erhielt bei der Wahl 60,3 Prozent der Stimmen. Auf den Kandidaten Josef Guggemos (Freie Wähler) entfielen 22,7 Prozent. Der unabhängige Kandidat Peter Gräfinger erreichte 17 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 41 Prozent.

Michael Fahmüller war bisher Bürgermeister von Eggldham im Kreis Rottal-Inn. Der Vorsitzende der CSU-Kreistagsfraktion hatte bereits vor der Wahl angekündigt, dass es im Interesse der Bürger und auch finanziell sinnvoll wäre, 2014 die Kommunalwahl wieder mit der Landratswahl zusammenzulegen. Dies spare dem Landkreis 80.000 Euro.

Zentrale Themen

Laut eigener Aussage sind wichtige Themen unter anderem die Verkehrsanbindung des Landkreises, das Gesundheitswesen, die Breitbandversorgung der Region sowie die Herausforderungen des demografischen Wandels für den ländlichen Raum. Fahmüller übernimmt das Amt von Bruni Mayer, die sich nicht mehr zur Wahl gestellt hatte. Die parteiunabhängige Politikerin war 24 Jahre lang Landrätin im Rottal.

Bürgermeisterwahlen in Dörfles-Esbach

Mit 97,3 Prozent der abgegebenen Stimmen ist Bürgermeister Udo Döhler in der Gemeinde Dörfles-Esbach (Landkreis Coburg) wiedergewählt worden. Der von der freien Wählergemeinschaft aufgestellte 49-jährige Kandidat war einziger Bewerber, CSU und SPD hatten auf einen Gegenkandidaten verzichtet. Lediglich knapp 35 Prozent der 3.300 stimmberechtigten Bürger machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch. **DK**

LIEFERANTEN -

GZ

NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.



BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00
www.gartenbank.de

Absperreffposten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH
COBURG



FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.



JWS Nusser GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-113
www.gartenbank.de

Bepflanzungssysteme und Stadtmobiliar

Stadtmobiliar + Bepflanzungssysteme
Messe- u. Vertriebservice J. Kuprat
MVS
www.messe-vertrieb.de

Fahnen/Fahnenmasten

FAHNEN KOCH
COBURG



FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kindergarteneinrichtungen

eibe



Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Kommunale Energieberatung

KlimaKom
Kommunale Energieberatung
Prof. Dr. Manfred Mosge



Green City Energy
Der alternative Energiebündler

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!
Tel. 089/89066890 • www.klima-kommune.de
Peter.Keller@greencity-energy.de

Parkbänke

Zinder
PARKBÄNKE
Zum Moos 1a
87772 Pfaffenhausen
Tel.: 08265 / 730512
parkbank@max-zinder.de
www.max-zinder.de



Schacht-Ausrüstungen

**Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme**

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)82218
Telefon: (02773)82256 · www.hailo-professional.de



Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe



Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Sportgeräte

www.benz-sport.de



ORIGINAL
BENZ
SPORT
Tel. 07195/69 05-0 · Fax: 07195/69 05-77 · info@benz-sport.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
☎ 05326 / 502-0



Wartehallen
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE

Franz Sedlmeier
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de



Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung: Telefon (0 81 71) 93 07-13

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum



weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

gerasmühler str. 23
90547 stein
telefon: 0911/69 39 65
telefax: 0911/69 59 63
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshandel für **Lightlife**

Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!